

Patriotische 1.-August-Rede

Lesen Sie Auszüge aus der diesjährigen Ansprache:



Rudolf Keller,
e. Nationalrat,
SD-Zentral-
präsident,
Frenkendorf

Liebe Schweizerinnen und Schweizer

Wir gestehen es: **Heimatverbunden sind wir. Patriotinnen und Patrioten sind wir.** Schweizerinnen und Schweizer, die unser Land lieben. Ja, das ist so, dazu stehen wir. Denn es lohnt sich nach wie vor, sich für unser Land einzusetzen. Vor einigen Tagen war ich zusammen mit meiner Frau im schönen Vallée de Joux in den Ferien. Ein Kleinod von einem Westschweizer Tal im Hochjura auf 1000 Metern Höhe. **Und es hat einen zehn Kilometer**

POSTCODE

AZB 3001 Bern

langen See, um den man spazieren kann, ohne ständig Villen von steinreichen Typen umgehen zu müssen. Tolle Wanderwege, Jura-Berge mit Aussicht bis 1700 Meter hoch – phantastisch. Dörfer, wie sie noch sein sollten. Unversehrt und keine riesigen Wohnbauten, keine Zersiedelung. Dazu kommt eine hochstehende Westschweizer Küche mit dem guten einheimischen Wein. **Und auffallend viele Schweizer Fah-**

nen waren in dieser Grenzregion zu Frankreich aufgehängt. Es war und ist einfach grandios, dass es das in unserem Lande noch gibt.

Beton lebt nicht!

Sie haben in diesem Bergtal natürlich der Zweitwohnungsinitiative mit grossem Mehr zugestimmt. Demgegenüber stehen die Betonwüsten, welche die Baumafia vom Mittelland her bis in die Alpen vorangetrieben und ausgebreitet hat. Schrecklich diese Betonorgie. Wenn es nicht rasch gelingt, dies zu stoppen, wird damit das Gesicht unseres Landes zerstört. Deshalb musste man einen Gegenpflöck einschlagen. Gegen den Willen von FDP, BDP, SVP, CVP, GLP und Konsorten **wurden eidgenössisch die Zweitwohnungsinitiative und im Kanton Zürich die Kulturland-Initiative angenommen.** Doch nun folgte am 30. Juli die Antwort der Betonlobby – eine sogenannte Studie der Bürgerlichen und der Wirtschaft zur Zweitwohnungsinitiative. Die Tourismusregionen würden unter dieser von Volk und Ständen angenommenen Zweitwohnungsinitiative sehr stark leiden.

Für uns ist es eine gute Nachricht, dass die Zweitwohnungsinitiative Arbeitsplätze vernichten soll. Zum Glück gehen solche Arbeitsplätze flöten. Das sind ja eigentlich fast nur Arbeitsplätze, die für Ausländer geschaffen wurden.

Dahinter steckt für die Allgemeinheit überhaupt kein Gewinn. Was haben die Baugeschäfte in den Alpen in den letzten dreissig Jahren für ein Ziel verfolgt. Da wurde munter Tal um Tal, Gemeinde um Gemeinde zubetoniert. **Und die besten Grundstücke verschacher-**

Fortsetzung Seite 2



Wie diese Schweizer Fahne dem Wind trotzt, so standhaft war und soll auch weiterhin unser Land mit seinen Bürgern sein. Schreiten wir optimistisch in die Zukunft!

Fünfliber oder Note?

Leserbriefe schreiben, Parolen fassen und verbreiten, für Wahlen kandidieren, Unterschriften sammeln, Flugblätter verteilen, an Sitzungen oder Versammlungen teilnehmen... Das ist politische Arbeit, wie sie viele von uns leisten. Dieser Einsatz muss weitergehen. Unermüdlich für Volk und Heimat! Und Sie? ... sind auch dabei und unterstützen uns. Nach Ihren Kräften! Ohne den Fünfliber oder die Note geht vieles nicht oder nur schleppend – obwohl wir alle sehr viel Arbeit ehrenamtlich leisten.



Greifen Sie deshalb zum Einzahlungsschein und leisten Sie Ihren Beitrag, damit es weiterläuft. Unser Dank – kommt von Herzen!

Namens der SD-Parteileitung:
e. Nationalrat Rudolf Keller, Dr. Michel Dupont,
Gemeinderat Christoph Spiess und Adrian Pulver

Démocrate  Suisse
Pages 13-14

Aargauer Grossratswahlen,
21. Oktober 2012: Im ganzen Kanton
die **SD-Liste 10** unverändert einlegen –
leere Linien bitte leer lassen! **In den Regierungs-**
rat: nur SD-Grossrat René Kunz wählen

Basler Grossratswahlen,
28. Oktober 2012: Wahlkreis Kleinba-
sel, Liste **Volks-Aktion** gegen zuviele
Ausländer und Asylanten in unserer Heimat (VA)
– **Liste Ausländerstopp** – unverändert wählen!

Patriotische 1.-August-Rede*Fortsetzung von Seite 1*

ten sie jeweils an steinreiche Ausländer. Dass dem endlich ein Riegel geschoben wird, war längst fällig. Unser Land wird deswegen nicht zugrunde gehen. Das Gegenteil trifft zu. Der Tourismus wird an Qualität zurückgewinnen.

Franz Weber sei mit einem grossen Applaus gedankt!

Und diese unnütze Studie, von schlechten Verlierern gepuscht, können wir getrost der Schreddermaschine übergeben. Eines sollten wir aber tun, nämlich diejenigen bestrafen, welche nun am lautesten ausrufen. **Gehen wir doch schlicht und einfach nicht mehr in diese Regionen in die Ferien, von wo die nun am lautesten ausrufende Mafia herkommt.** Wir Schweizer Demokraten könnten gegen diese Superprofiteure durchaus etwas tun. Seien wir konsequent und belegen diese Leute mit einem Ferienboykott! Gehen wir nur noch dorthin in die Ferien, wo man unser Anliegen, den Schutz unserer Heimat, auch wirklich versteht. Das ist doch die einzig richtige Reaktion, welche diesen Falschmünzern gehört. Boykottieren wir sie. **Zum Teufel mit den Ausverkäufern unserer Heimat!** Das sind ja auch diejenigen, die uns die Überbevölkerung, Einwanderung und Überfremdung zumuten! **Sie wollen uns ganz bewusst unsere Wurzeln nehmen,** damit sie auf internationalistischer Basis besser ihre fetten Geschäfte auf dem Buckel des Volkes machen können.

Adieu «T-Euro»

Deshalb muss auch noch gesagt sein: Das sind teilweise die gleichen oder ähnliche Kreise, welche während Jahrzehnten anstrebten, unser Land der EU zuzuführen. Waou... jeden Tag hören wir in den Nachrichten die Schreckensszenarien des Euro. Und wir lesen seitenlange Abhandlungen dazu. **Waren nicht diese CVP, diese SP, diese FDP und Konsorten vor einigen Jahren für die EU hell begeistert?** Für uns Schweizerinnen und Schweizer sollte es ein fortwährendes Freudenfest sein, denn der Euro ist am Schlittern. Und wir haben unseren Franken. GOTT SEI DANK! Adieu T-Euro!

Wir sind für ein Europa der Vaterländer. Das heisst natürlich auch, dass wir der Meinung sind, dass es besser wäre, die Italiener hätten ihre Lira, die Deutschen ihre D-Mark und natürlich – die Griechen ihre Drachmen usw.

Und die Euro-Krise hat auch gezeigt, dass nicht nur Italien und der Balkan in mafiöse Strukturen verstrickt sind, sondern dass dies auch in Griechenland leider gang und gäbe ist. **Wie schön, dass wir in diesem Euro-Klub nicht dabei sind.** Die heutige Situation zeigt sehr augenscheinlich auf, dass es vor 20 Jahren sehr klug war, den Beitritt zum EWR, dem sogenannten Europäischen Wirtschaftsraum, abzulehnen. Und wir Schweizer Demokraten haben damals einen grossen Beitrag dazu geleistet. **Wären wir in diese EU-Organisation gegangen, könnte unser Land nur noch als kleines unbedeutendes Nichts bezeichnet werden – aufgefressen von der deutschen Kavallerie und den französischen Söldnern.** Wir müssten kritiklos und laufend neues EU-Recht übernehmen. Da haben wir wohl sehr grosses Glück gehabt und mehrheitlich ausserordentlich klug agiert und entschieden. **Als Nicht-EU-Mitglied haben wir noch immer unsere Volksrechte,** die wir um nichts in der Welt zu Gunsten eines europäischen Einheitsbreis aufgeben würden. So wie wir heute aber aufgestellt sind, können wir der uns angedrohten Kavallerie noch Paroli bieten.

Deutsche desertieren

Wir wollen auch künftig von dieser EU nichts wissen. Sie wird immer **mehr Arbeitslosigkeit** produzieren und immer **höhere Schuldenberge** auftürmen. Und wenn wir in unserem Lande etwas weniger dauernd anwesende Gäste hätten, dann stünden wir noch besser da. **Doch auch wir laufen Gefahr, aus den Chefetagen unserer Wirtschaft immer mehr fremdbestimmt zu werden.** Die deutschen Politiker jammern, dass sie in Deutschland zu wenig Fachkräfte haben. Sie müssen aus dem Ausland holen, was bei ihnen – also dem eigenen Volk – wegen höheren Löhnen ins Ausland abgewandert ist. Deutsche desertieren ins Ausland, vor allem in unsere Schweiz – und die Lücke, die sie in ihrem eigenen Land hinterlassen, lässt sich dort kaum mehr schliessen.

Das alles hat System – es ist ein kapitalistisches System, das nur auf äussersten Profit aus ist und uns wie eine Zitrone auspressen will. Und das ist leider nur mit einer Dauereinwanderung nach Westeuropa am Leben zu halten.

Dabei geht Europa vor die Hunde! **Wie pervers und irgendwie auch marode dieses extrem kapitalistische System doch geworden ist, sieht man genau an diesen Mecha-**

*Traditioneller Patriotismus.*

nismen. Dass Europa – so ganz nebenbei – auch noch islamisiert wird, ist denen schnurzegal. Hauptsache der Rubel rollt.

Gefährlicher Islamismus

Die Einwanderung aus europäischen Staaten ist für unser Land brandgefährlich geworden. **Aber die Islamisierung ist wohl noch um einiges gefährlicher als die «normale Einwanderung».** Der Islam wird immer aggressiver. Er ist jetzt beispielsweise auch in Syrien daran, ein zwar auch nicht über alle Zweifel erhabenes System zu überrennen. Und auf dem Balkan werden islamistische Tendenzen ebenfalls immer stärker sichtbar. Auch Deutschland und Frankreich leiden darunter.

Kopftuchverbote, wie es einst unser Aargauer SD-Grossrat René Kunz als erster Schweizer Politiker gefordert hat, gehören heute in Frankreich und Belgien bereits zum Abwehrstandard der dortigen Regierungen.

Der deutsche Verfassungsschutz beschattet extrem islamistische Einzelpersonen und Gruppierungen. Das sollten auch für uns Schweizerinnen und Schweizer Signale sein, die es zu beachten gilt. **Es muss unserer westlichen Welt gelingen, den Vormarsch des extremen Islams zu stoppen.** Dies liegt übrigens auch ganz im Interesse unserer Frauen, die im extremen Islam zum Schweigen und Verhüllen verdammt sind. Weshalb die Sozis und andere Linke und Liberale dies nicht realisieren, erstaunt mich immer wieder von neuem. Es tut sich hier also für un-

sere SD ein grosses politisches Kampffeld auf. **Und wir dürfen uns dabei auch vom sogenannten Antirassismus-Maulkorbgesetz nicht die Wahrheit verbieten lassen.** Reden wir darüber. Es ist unsere ureigenste Aufgabe, dies zu tun.

Schweizer Fahne modern

Das heisst, wir müssen «Flagge zeigen». Und unsere Flagge scheint mir in den letzten Jahren wieder etwas beliebter geworden zu sein. **Immer mehr junge Menschen deklarieren offen, dass sie zur Schweiz stehen und viele sagen, dass sie stolz seien, Schweizer zu sein.** Dieses «Flagge zeigen» müssten wir Schweizer Demokraten auch wieder exponierter tun. Das Schweizer Kreuz ist Symbol für unseren Freiheitswillen und unsere Unabhängigkeit. Mit der Flagge zeigen wir, dass wir unser Land lieben, **dass wir heimatverbunden und patriotisch sind.** Das gibt es in jedem Land. Wer das nicht glaubt, soll nur einmal am «quatorze juillet» nach Frankreich gehen. Da wird Nationalismus pur zelebriert. Desgleichen am amerikanischen Nationalfeiertag. Also, wieso wir nicht auch?

Wir stehen für einen erdverbundenen, gesunden Nationalismus ein. Wir Schweizer Demokraten sind national, umweltbewusst und sozial.

Unser Nationalismusverständnis basiert auf den vier ursprünglichen Kulturen und Landessprachen, dem Französischen, dem Italienischen, dem Rätoromanischen und dem Deutschschweizerischen. Völkischen Nationalis-

mus, der nur auf einem einzigen Sprachgebiet beruht, solch völkischen Nationalismus wie ihn die PNOS und andere Rechtsextreme in unserem Land predigen, lehnen wir als antischweizerisch ab.

Und es gab Tell doch

Alle für einen, einer für alle – dies war schon bei den alten Eidgenossen die Losung. Das gilt für uns Schweizer Demokraten nach wie vor. Und auch das muss unterstrichen werden: **Es gab Tell doch! Auch ihn lassen wir uns nicht durch irgendwelche Internationalisten oder Schweizverwässerer nehmen.** Tell boomt. Zusammen mit Heidi verkörpert er unser Land wie kein anderer. Tell hat für unser Land gekämpft. Auch mehr als 700 Jahre später ist es noch immer notwendig, für unser Land zu kämp-

fen. Und Heidi zeigt die Schweiz, wie wir unser Land in unseren Träumen wünschen. Träume gehören auch zum Menschenbild. Das sind die unrealen Werte, welche ein Land ebenfalls ausmachen.

Und dass Wilhelm Tell momentan gleich auf drei grossen Freilichtbühnen unseres Landes aufgeführt wird, ist nur zu begrüssen. Irgendwie zeigt das aber auch die zunehmende Hinwendung zu unserer Schweiz auf. Das gibt unserem Volk Halt und Sicherheit.

Diese Sicherheit ist auch in unserer Mundartsprache begründet. Dazu müssen wir Sorge tragen. Schon im Kindergarten und in der Schule muss die Mundart als geistige Grundlage unseres Volkes ge-



Moderner Patriotismus.

fördert werden. So wie das die SD Aargau mit ihrer kantonalen Volksinitiative fordert. **Lassen wir uns also unsere Schweiz nicht neh-**

men und feiern wir den arbeitsfreien Nationalfeiertag, erkämpft durch uns Schweizer Demokraten. Sagen wir JA zur Schweiz!

Scharia im Anmarsch

Unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit werden die islamische Paralleljustiz und die damit entstehenden, selbst ernannten «Friedensrichter» als sogenannte «Scharia-Schlichter» ausserhalb der staatlichen Rechtsprechung salonfähig gemacht.

Islamische «Friedensrichter» haben keinerlei juristische Ausbildung. Dennoch haben sie sich gerade in deutschen Grossstädten wie Bremen, Berlin oder Essen zu Schlüsselfiguren einer islamischen Paralleljustiz entwickelt. Die deutsche Justiz wird durch die «Friedensrichter» immer öfter ausgehebelt, sodass Kriminelle straflos bleiben. Polizei und Gerichte können diesen Machenschaften nur zuschauen. Diese Kapitulation des Rechtsstaates vor einem Scharia-Recht darf es nicht geben. Die Scharia hat keinen Platz im deutschen Rechtssystem.

Die islamische Paralleljustiz wird zunehmend eine Gefahr für den Rechtsstaat und die Demokratie.

Nach Herrn Dr. Joachim Wagner, Autor des Buches «Richter ohne Gesetz – Islamische Rechtsjustiz gefährdet unseren Rechtsstaat» (ECON, Juli 2011) ist in muslimisch dominierten Einwanderervierteln eine Paralleljustiz mit drei Säulen entstanden. Diese sind: Schlichtung, finanzielle Wiedergutmachung und Selbstjustiz. Oft werden die Schlichtungsprozesse von Gewalt begleitet, denn viele Schlichtungen sind pure «Machtdiktate». Das bedeutet z.B. bei Familienstreitigkeiten, dass die grössere und einflussreichere Familie die andere Fa-



In Deutschland bilden sich klangheimlich staatliche islamistische Gebilde. Es braucht ganzheitlichen Widerstand zur Bewahrung der demokratischen und säkularen Strukturen.

milie zu einem Kompromiss zwingen kann. Bei Straftaten im Familienverband gibt es zudem das Bestreben, jenem Familienmitglied die Schuld zukommen zu lassen, welches die geringste Strafe zu erwarten hat. In der Regel ist dies das jüngste Familienmitglied. Die Selbstjustiz tritt auf in Form von Blutrache, Entführungen, Geiselnahmen, Zwangsverheiratungen, Ehrenmorden, Erpressungen sowie Gewalttaten mit gefährlichen Werkzeugen oder Schusswaffen. Gleichzeitig wird die Paralleljustiz nur aktiv, wann sowohl der Täter wie auch das Opfer aus dem muslimischen Kulturkreis kommen. Die Schlichter und «Friedensrichter» brauchen kein Justizgebäude und müssen auch nicht offen und

legal arbeiten. Es ist eine sogenannte Laienjustiz, die teilweise im Verborgen der organisierten Kriminalität arbeitet. Um ihre Urteile und Vorgehensweise nicht zu gefährden, arbeitet diese Schattenjustiz auf folgender Grundlage: Die Beweislage soll zugunsten der Täter verfälscht werden, um mildere Strafen oder sogar Straffreiheit für die Täter zu erwirken. Dies wird in erster Linie dadurch erreicht, dass die Täter, Opfer und andere Zeugen vor der Polizei oder bei Gericht die Aussage verweigern, Taten bagatellisieren oder sich nicht mehr an Sachverhalte erinnern können (vgl. J. Wagner, 2011). Die deutsche Strafjustiz hat bisher noch keine Wege gefunden, sich gegen diese Schattenjustiz erfolgreich zu wehren, wenn keine

Sachbeweise vorliegen. Für Frauen ist die Scharia-Rechtsprechung ein gewaltiger Rückschritt. Sollte die Scharia nach dem Vorbild Grossbritanniens bei uns eingeführt werden, so sind automatisch Frauen und Kinder die Leidtragenden, weil die Scharia Frauen im Verhältnis zu Männern benachteiligt. Darüber hinaus erwächst uns durch die islamische Paralleljustiz noch eine weitere Gefahr.

Sie macht die Salafisten hoffähig!

Es ist schlimm, dass wir diese Schlichter und Friedensrichter haben und ihnen nicht energisch entgegenzutreten. Es ist aber noch schlimmer, wenn sich naive Politiker bis in die höchsten Ämter finden, die die Berücksichtigung der Scharia in der deutschen Rechtsprechung für sinnvoll und erstrebenswert halten. Am schlimmsten jedoch ist die Tatsache, dass es Juristen, Anwälte und auch unabhängige Richter gibt; die sich in ihren Urteilen auf die Scharia berufen oder diese in ihr Urteil, auf welche Art und Weise auch immer, einfließen lassen. (I. Tipi)

Die Scharia muss aus Richtersprüchen, der deutschen Rechtsprechung und aus den Gerichtsräumen herausgehalten werden. Die Scharia hat in Gerichten nichts zu suchen und darf in Fragen der Rechtsprechung auch nicht die geringste Rolle spielen.

Hasan Gab Ögütçü, Bildungsbeauftragter der Alevitischen Gemeinden in Baden Württemberg

Parolen für den Urnengang vom 23. September 2012

Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten (SD) hat für die Eidgenössischen Abstimmungen, vom 23. September 2012, folgende Parolen gefasst:

Ja zum Bundesbeschluss über die Musikförderung. Diese Parole erfolgte einstimmig. Breiten Volksschichten muss die Möglichkeit der musikalischen Bildung gegeben werden. Musikschulen tragen auch sehr stark zur Förderung der einheimischen Kultur bei.



Nein zur Volksinitiative «sicheres Wohnen im Alter». Die Ablehnung erfolgte mit einer eher knappen Mehrheit. Zum Nein beigetragen hat vor allem die Feststellung, dass mit der Initiative die Generationen ungleich behandelt werden.

Wer Eigentum erworben hat, bräuchte vor allem in jüngeren Jahren, in den ersten Jahren nach dem Erwerb von Eigentum, steuerliche Abzugsmöglichkeiten.

Ausserdem würde diese Initiative eine Verbürokratisierung der Steu-

erveranlagungen mit sich bringen. Und Rentnerinnen und Rentner, die Mieter sind, hätten keine Abzugsmöglichkeiten.

Eine Minderheit hielt fest, dass die heutige Eigenmietwertbesteuerung ungerecht und unsozial sei und dass man deswegen zustimmen solle.



Ja zum «Schutz vor Passivrauchen». Eine knappe Mehrheit unterstützt die Initiative, deren Inhalt schon in einigen Kantonen

problemlos umgesetzt wurde. Nun geht es darum, dass der Schutz vor Passivrauchen in der ganzen Schweiz – wie dies in sehr vielen andern Ländern bereits geschehen ist – einheitlich umgesetzt wird.

Krebs, Herzinfarkte, Lungenkrankheiten als Folge von Rauchen verursachen enorm hohe Krankenkassenkosten, welche unsere Prämien in die Höhe schnellen lassen.

Die eigene Freiheit hört dort auf, wo die Gesundheit Dritter gefährdet wird.

Eine Minderheit votierte für Ablehnung, weil dies die individuelle Freiheit zu sehr einschränke und man gegen weitere Regelungen auf diesem Gebiet sei.

SD-Zentralvorstand

Grosse Kluft zwischen Theorie und Praxis

Der Datenschutz erschwert die tägliche Polizeiarbeit. Oft werde von den Polizistinnen und Polizisten ein enormer administrativer Mehraufwand verlangt, um an wichtige Informationen zu gelangen. «Ich frage mich oft, wie wir das mit unseren knappen Personalressourcen bewerkstelligen sollen und darunter leidet auch die so wichtige Polizeipräsenz», betonte der Verbandspräsident Heinz Buttauer und stellte klar: «Wenn Polizistinnen oder Polizisten auf sensible Daten zugreifen wollen, dann geschieht dies nicht aus Neugier, sondern weil es unser Job ist.»

Der Datenschutz stand am ersten Tag der Delegiertenversammlung des Verbands Schweizerischer Polizei-Beamter VSPB in Lugano im Mittelpunkt. Dabei trafen bei der Podiumsdiskussion Hanspeter Thür, eidgenössischer Datenschutzbeauftragter, und der Generalstaatsanwalt des Kantons Tessin, John Nosedà, aufeinander. Unter der Leitung des ehemaligen Generaldirektors von TeleTicino, Marco Bazzi, diskutierten sie mit den rund 250 Anwesenden über die Schwachstellen im System, welche



die Polizistinnen und Polizisten bei ihrer täglichen Arbeit behindern oder diese gar verunmöglichen. Zudem wurden auch Vorschläge für den besseren Datenschutz der Polizistinnen und Polizisten besprochen. Dabei zeigte sich aber deutlich, dass es eine grosse Kluft zwischen Theorie und Praxis gibt.

«Polizei will keine Carte blanche»

Heinz Buttauer betonte, dass der Datenschutz wichtig sei und auch vom VSPB als ausserordentlich schützenswert erachtet würde. Es ginge nicht darum, dass die Polizei eine «Carte blanche» erhalten würde, um überall und zu jeder Zeit Zugriff auf irgendwelche persönlichen Daten zu haben. «Aber wenn wegen dem Datenschutz mögliche Opfer nicht gewarnt werden können oder ein Täter einen unerlaub-

ten Vorteil daraus zieht, dann wird der Datenschutz zum Täterschutz. Und ich glaube nicht, dass das im Sinne unserer Bevölkerung ist.»

ISA-Datenbank sorgt für Unmut

Ein zentrales Anliegen des VSPB ist das neue Informationssystem Ausweisschriften ISA. Seit Februar 2010 können die Polizistinnen und Polizisten die Fotos der ISA-Datenbank nicht mehr einsehen. Für den VSPB ist es unverständlich, dass der Polizei dieser Datenzugriff verwehrt wird, während für das GWK keine Einschränkungen gelten.

«Wie soll eine genaue Personenidentifikation vorgenommen werden, wenn uns der Zugriff auf das entsprechende Foto verwehrt bleibt», betonte der Verbandspräsident. So sei es nicht verwunderlich, dass sich eine Person eine ID-Karte unter Angabe falscher Personalien ergaunern könne.

Besserer Schutz für Polizistinnen und Polizisten gefordert

Heute werden Polizistinnen und

Polizisten immer öfter, mit Mobiltelefonen, während ihren Einsätzen gefilmt oder fotografiert. Zwei oder drei Klicks später findet man dann diese Bilder auf irgendwelchen Plattformen wie Facebook, Youtube und wie sie alle heissen. Wo bleibt hier der Datenschutz? Oder noch schlimmer: **Im letzten Jahr wurden in Bern verschiedene zivile Ermittler fotografiert und – mit Worten wie «Wir kriegen euch alle!» – auf eine Plattform gestellt.** Wohlgermerkt mit der Aufforderung zu Gewalt gegen diese Polizistinnen und Polizisten. Für Max Hofmann, Generalsekretär des VSPB, ist es höchste Zeit, dass die Polizistinnen und Polizisten besser geschützt werden: «Wir fordern raschmöglichst eine Analyse des gesetzlichen Rahmens bezüglich der neuen Medien.»

«Es darf doch nicht sein, dass eine solche Internetseite ungestraft Bilder von Polizistinnen und Polizisten veröffentlicht und ihre Besucher zu gewaltsamen Aktionen gegen diese anstiften kann.»

Verband Schweizerischer Polizei-Beamter

Musikgesellschaften gehören zum Schweizer Kulturgut – darum ein kräftiges JA zur Jugendmusikförderung!

«Mehr Wachstum» – keine Lösung!

Im Zusammenhang mit der Krise von EU und Euro erschallt wieder einmal als Lösung aller Probleme der Menschheit der fantasievolle Ruf nach «mehr Wachstum» mittels staatlicher «Ankurbelung der Wirtschaft»! Wie wenn nicht schon vorher wiederholt der gleiche Ruf bei sämtlichen Regierungen, internationalen Organisationen (abgesehen vom Club of Rome), globalisierten Grossunternehmen und grösseren Medien ertönt wäre!

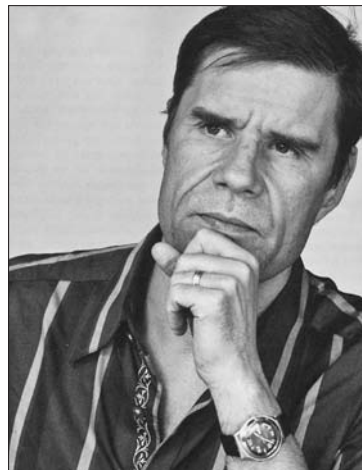
Er hat nicht verhindert, dass nicht nur die europäische, sondern die ganze Welt in eine der schlimmsten Wirtschaftskrisen der Menschheitsgeschichte hineingeschlittert ist.

Kurzfristig mag ja mehr Wirtschaftswachstum bestimmte Zustände verbessern, längerfristig ist es jedoch eine hoffnungslose Strategie.

Es gibt nämlich einen fundamentalen Konflikt zwischen kurzfristigen und längerfristigen Interessen. Der Konflikt wird als heikel fast nirgends thematisiert. Mehr Wachstum, das bedeutet mehr Verbauung der Erdkruste, Schwund des Kulturlandes und natürlich geliebter Erholungszonen, Klimawandel, Ansteigen des Meeresspiegels, mehr Abfall, Gewässerverschmutzung, radioaktive Verseuchung, Massmigration, Verhaltensstörungen der Menschen, Rohstoffmangel, Hunger, Durst, Aussterben des Lebens sowohl in den Ozeanen als auch auf ländlichen Territorien. Ausgeglichene Finanzen sind zwar auch dabei. Aber finanzielle Probleme sind viel kurzfristiger und oberflächlicher als die vorher erwähnten!

Die Definition der Nachhaltigkeit

Die Forderung nach «Nachhaltigkeit» ist zwar richtig. Leider wird



Mathis Wackernagel – Vordenker im Bereich Nachhaltigkeit und «Erfinder» des ökologischen Fussabdrucks. (Foto Forum)

Wachstum ist grundsätzlich nicht nachhaltig, «nachhaltiges Wachstum» ein Quatsch! Wachstum und Stabilität, oft in einem Atemzug beschworen, sind unvereinbar.

Qualitätsverbesserungen sind immer möglich; dann soll man sie aber auch so benennen. **Nachhaltigkeit, das bedeutet Gleichgewicht**, Gleichgewicht zwischen Belastung und Erholung, Zerstörung und Regeneration, Produktion und Verbrauch, Nachfrage und Angebot, Geburten und Sterben usw.

Wir sind noch himmelweit von einem solchen Gleichgewichtszustand entfernt, sollten ihn allerdings anstreben. Es sind Forderungen der Wissenschaften Ökologie und vergleichende Verhaltensforschung.

Jean-Jacques Hegg, e. Nationalrat, Dübendorf

dieser Begriff korrumpiert und auch mit fast allen vorkommenden Fehlentwicklungen identifiziert.

Wann sind wir auf 9 Millionen?

Seit Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2007 war die Zuwanderung hoch. Zusammen mit dem Geburtenüberschuss betrug das Bevölkerungswachstum in den Jahren 2007 bis 2011 im Mittel 1.14%. Im Sommer 2012 erreichen wir die achte Million in der Schweiz; die Frage drängt auf, wie rasch wir denn auf neun Millionen sein werden.

In der Tabelle sind zwei Annahmen für den Geburtenüberschuss und den Wanderungssaldo ersichtlich; für die Periode 2012 bis 2025 sind vereinfacht konstante Werte angenommen. Bei diesen Annahmen und Vernachlässigung anderer demographischer Parameter werden wir die 9-Millionen-Schwelle in 10 bis 12 Jahren erreichen.

Ecopop

Bevölkerung Schweiz				
Jahr	Stand Bevölkerung am 31.12.	Geburtenüberschuss	Wanderungssaldo	Veränderung pro Jahr
2007	7'593'494	13'405	75'459	84'755
2008	7'701'856	15'458	98'167	108'362
2009	7'785'806	15'810	74'587	83'950
2010	7'870'134	17'641	68'967	84'421
2011	7'952'555	18'300	64'121	82'421
2012–2025		18'000	64'000	82'000
			<i>Annahme für Extrapolation</i>	
2012–2025		20'000	75'000	95'000
			<i>Annahme für Extrapolation</i>	

Daten 2007–2011: Quelle BFS / Daten 2011 provisorisch

Hält uns Herr Gattiker für dumm?



Guter Wille für einen effizienteren Vollzug ist zwar ein Anfang. Wie sieht es jedoch mit der Tauglichkeit der vorhandenen Infrastrukturen aus? Zentrale Vollzugseinrichtungen sind absolut nötig.

Asylsuchende aus Ländern ohne Visumpflicht sollen nun innert 48 Stunden einen Asylentscheid erhalten. Die Einsprache-, Rekurs- und Beschwerdemöglichkeiten sollen aber gewährt werden. So äusserte sich Mario Gattiker, Direktor des Bundesamtes für Migration und ehemaliger Chef eines Hilfswerkes. Plötzlich soll in dieser

kurzen Frist erledigt werden, was früher gegen drei Jahre dauerte? Hat Gattiker etwa die Seiten gewechselt? Sicher nicht, denn er weiss genau, **dass Asylbewerber mit Hilfe gewissenloser Asylanwälte, deren Honorare die Steuerzahler berappen, nach wie vor alle Rechtsmittel ausschöpfen und dass aus den besagten 48 Stunden wieder drei Jahre werden.** Ausreise nach drei Jahren, wer's glaubt! Viele Asylsuchende tauchen einfach nach bewährter Manier unter und begehen Straftaten.

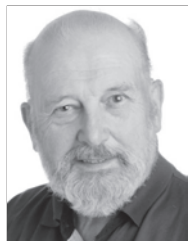
Reisen sie nach dem Erhalt einer «Rückkehrhilfe» tatsächlich ab, so kommen sie umgehend wieder.

Sie profitieren von ihren Menschenrechten, die Opfer ihrer Straftaten jedoch haben keine. Im Gegenteil, sie müssen mit ihren Steuergeldern diesen Unsinn mitfinanzieren.

Otto Weiersmüller, Uetikon

Manche wollen mehr Bauland, andere dafür «verdichtet bauen». Beschränkung der Zuwanderung ist die einzige Lösung!

Der Stellvertreter-Krieg in Syrien!



Valentin
J. Oehen,
e. Nationalrat,
Köniz

Es ist relativ leicht nachvollziehbar – in Syrien geht es nicht um Syrien, nicht um die betroffene Zivilbevölkerung, nicht um Menschenrechte, nicht um Humanität und nicht um einen Aufbruch zu mehr Demokratie – sondern schlicht und einfach um Macht! Um die Macht in der Golfregion durch die alten Grossmächte der Kolonialzeit, um die Macht Israels über alle seine arabischen Nachbarstaaten, um die Macht der sunnitischen Fürstentümer über die schiitischen Konkurrenten und nebenbei um die Vernichtung der Christen, der Alawiten, der Kurden und der Drusen. Um die Sicherung des Aufmarschgebietes für die amerikanischen Truppen und jener der «Willigen» für den offensichtlich vorgesehenen Krieg gegen den Iran.

Die dabei manifest werdenden Kriegsverbrechen sind Legion:

– Seit «Nürnberg» gilt die Vorbereitung zum Krieg und jeder Angriffskrieg als todeswürdiges Verbrechen. Aber – seit Monaten führen die Geheimdienste der USA, Grossbritannien und Frankreich Geheimoperationen in und gegen Syrien und im Iran durch. Diese umfassen Sabotageaktionen, gezielte Tötungen und die Aufhetzung von Volksteilen gegen die bestehende staatliche Ordnung. Die westlichen Staaten und die Golfmonarchien machen alles Denkbare um Syrien zu destabilisieren und in Schwierigkeiten zu bringen. Man denke etwa an die Blockierung der Vermögen syrischer Persönlichkeiten, das Verbot Handelsbeziehungen aufrecht zu halten und neuerdings die Einreiseverbote für 114 Mitglieder des Assad-Regimes.

– Die Beschlüsse der USA, Grossbritannien, Frankreich, der Türkei und weiterer Staaten – alles Botschaftspersonal aus Damas-

kus abzuziehen, ist eine klare Drohung, demnächst die heisse Phase des Krieges zu eröffnen.

– **Die internationale Presse lügt, dass die Balken krachen.** Nach ihren Berichten gab es bei den schweren Kämpfen in Homs, Ham, Aleppo und Damaskus nur bei der Zivilbevölkerung und in den Reihen der «freien syrischen Armee» Tote und Verletzte. **Kein Wort über die Verluste der regulären Armee.**

Tatsache aber ist,

– dass diese sogenannte «freie syrische Armee» die Zivilbevölkerung als lebende Schutzschilder einsetzt;

– dass z.B. in Homs die anrollenden Panzer und gepanzerten Fahrzeuge der Infanterie der syrischen Armee mit Milan Raketen vernichtet wurden. Diese Besatzungen waren doch wohl auch Menschen, Soldaten der regulären Armee. – Es blieb der Armee keine andere Wahl, als mit Artillerie und Raketenbeschuss die Milan-Gefechtsstellungen auszuschalten. Stellungen, die mitten in den Wohngebieten der Stadt eingerichtet worden waren. Dass dabei auch die Zivilbevölkerung zum Opfer wurde, versteht sich von selbst. Zudem ist zu bedenken, dass sich «schwere Kämpfe» doch wohl nur zwischen Kampftruppen mit vergleichbaren Ausrüstungen entwickeln können.

Was ist die «freie syrische Armee»?

In einem Zeitungsartikel wurde sie kürzlich als «Lumpenarmee ohne erkennbare Kommandostrukturen» bezeichnet. Diese «Aufständischen» sind zum grossen Teil ausländische Söldner, die von den USA, Saudi-Arabien und Katar bezahlt werden und bewaffnet wurden. Kontingente französischer Spezialtruppen verstärken, schulen und trainieren diese «Freiheitskämpfer» und besorgen die Funkverbindungen, welche für die Kampfführungen benötigt werden.

Aus einer Zeitungsmeldung ist zu entnehmen, dass Frankreich und seine Alliierten für den Tod von mindestens 3000 syrischen Soldaten und 1500 Zivilisten verantwortlich ist.



Wer kämpft gegen wen? Welche Ziele werden verfolgt? Diese Truppen sind bloss manipulierte Schachfiguren.

Zitat aus einer vertraulichen Meldung: «Es geht den Revolutionären, die mit unvorstellbarer Gewalt und Grausamkeit vorgehen darum, eine Diktatur nach wahabistischen Grundsätzen zu installieren. So rufen die Revolutionskämpfer dazu auf, den Ketzern und den Beobachtern der Arabischen Liga die Gurgel durchzuschneiden. Genau das haben sie auch in Libyen mit zahllosen Soldaten und Zivilisten gemacht, gefilmt und ins Internet gestellt.»

Der bekannte politische Publizist Peter Scholl-Latour versicherte in einem im Frühjahr veröffentlichten Interview: «Es findet ein Kesseltreiben gegen Syrien statt. Von aussen wird versucht, Assad zu stürzen, wobei man die Gefahr eines Bürgerkrieges in Kauf nimmt (der inzwischen ja auch Realität geworden ist).»

Dabei geht es gar nicht um Syrien – es geht um den Iran. Es geht darum, diesen zu schwächen. Man will verhindern, dass eine durchgehende Landbrücke für die Schiiten vom Iran über Syrien in den Libanon bestehen kann (Hibollah!). Die Lage in Syrien wäre keineswegs so explosiv, wenn nicht von aussen heran Unterstützung in Form von Geld und Waffen heringetragen würde. Die USA, die Türkei und die sunnitischen Staaten sind dafür verantwortlich zu machen, dass der befürchtete Bürgerkrieg ausgebrochen ist und jetzt Zehntausende von Flüchtlin-

gen in den Nachbarstaaten Zuflucht suchen.

Es ist eine Tragödie, dass jetzt auch noch der schweizerische Bundesrat (Sommaruga!) sogenannte Kontingentsflüchtlinge aufnehmen will – statt die verantwortlichen westlichen Staaten in aller Härte an ihre Pflicht zu ermahnen.

Dieser Bürgerkrieg – unterstützt durch die Söldnerarmee – wird wohl mehr als 70'000 Todesopfer fordern, also mehr als dem bis jetzt durch die NATO in Libyen verursachten Bürgerkrieg zum Opfer gefallen sind.

Die offizielle Kriegserklärung!

Ende März haben «die Freunde des syrischen Volkes» ihre Masken fallen lassen. Durch Hillary Clinton als «Friedensengel» haben sie offiziell erklärt,

– sie wollen die Aufständischen vermehrt mit Waffen, Geld und Kommunikationsmittel versorgen;

– die USA, Saudi-Arabien und Katar wollen zudem den Sold für die «Kämpfer» in Syrien übernehmen; und

– Assad müsse weg!

Diese Erklärung gleichzeitig mit dem «Friedensplan» von Kofi Annan verkündet – schaffte ja wohl die besten Voraussetzungen für das Einlenken des Regimes von Assad! Wen wundert es, dass Kofi Annan

Den Schweizer Demokraten gehört die Zukunft – national, umweltbewusst, sozial!

unter diesen Umständen inzwischen kapituliert hat. Neuerdings ist abzusehen, dass – Beschluss des Sicherheitsrates hin oder her – die NATO-Luftwaffe in Syrien eingreifen wird, um der Söldnerarmee den Sieg zu ermöglichen.

Wie oft lässt sich die Weltöffentlichkeit belügen?

Einmal mehr werden wir – das heisst die Öffentlichkeit – schamlos belogen um einen weiteren Krieg zu rechtfertigen, nämlich einen Krieg gegen den Iran, wobei zuerst das vorgelagerte Syrien weggeräumt werden muss. Im UNO-Menschenrechtsrat wird (an)geklagt, weil angeblich das syrische Regime auf die eigene Bevölkerung schiessen lasse. Und Obama droht – die USA werden in den Krieg eingreifen, sollte Syrien chemische oder biologische Waffen «bewegen». Das ist genau so ehrlich wie das Mitleid mit den durch die Taliban unterdrückten Frauen, das in Afghanistan zum Handeln zwang und das von den amerikanischen Geheimdiensten organisierte Verbrechen von New York (9–11), das den Krieg in Afghanistan ausbrechen liess.

Gegen den Iran wird tatsächlich eine üble Kriegshetze betrieben. Dabei ist diese Hetze nach «Artikel 20 des UNO-Paktes über bürgerliche und politische Rechte» ein klarer Versuch, die Menschheit durch Lügen, Halbinformationen und durch Emotionalisierung zur Kriegsbereitschaft gegen den Iran zu konditionieren.

Ein klares Verbrechen also, lanciert durch die USA, Grossbritannien, Frankreich, Saudi-Arabien und die Scheichtümer am Golf.

Kommt dazu, dass die USA diesen Krieg mit Atomwaffen zu führen gedenken und alle entsprechenden Planungen bereits getroffen haben. Vergessen ist die seinerzeitige Warnung Einsteins (Zitat):

«Ich weiss nicht, mit welchen Waffen der dritte Weltkrieg ausgetragen wird, aber im vierten Weltkrieg werden sie mit Stöcken und Steinen kämpfen!»

Die amerikanischen Militärs reden die vitalen Gefahren eines Atomkrieges für die Menschheit klein – dies alles im Interesse der Kriegsindustrie, der Konzerne und der zionistisch dominierten Hochfinanz.

Stehen wir vor der heissen Phase des Krieges?

Zurzeit geistert eine Meldung durch das Internet, die auf das äusserste beunruhigt. Sie lautet: **Ein 3. Pearl Harbour könnte unmittelbar bevorstehen!** Es ist ein dramatisches, aber durchaus realistisches Szenario. Die Amerikaner wollen den ältesten Flugzeugträger, der bereits im Golf stationiert ist, opfern. Dieser soll durch U-Boote versenkt werden. – Dieses Verbrechen soll dann den Iranern in die Schuhe geschoben werden, womit der «casus belli» gegeben wäre. Tatsächlich aber sollen die von Deutschland den Israeli gelieferten U-Boote den Job ausführen. Allerdings wissen die Mainstream-Medien schon jetzt wer der Täter ist! Selbstverständlich die Iraner!!



Niemand denkt an das einfache Volk! Verwahrlosung und Existenzlosigkeit bleiben zurück. Wofür?

Israel als Speerspitze der Verschwörung gegen Syrien und den Iran!

Nach Artikel 6 des NPT haben die USA, Frankreich, Grossbritannien, Russland und China atomar abzurüsten. Doch diese denken nicht daran! **Eine Reihe von Staaten, namentlich Pakistan, Indien und Israel haben den Atomsperrvertrag gar nicht unterschrieben, wobei Israel immer wieder betont, dass es gegebenenfalls diese Waffen auch einsetzen werde.** Da ist es schon mehr als befremdlich, wenn vor allem dieses Israel hysterisch agiert, weil der Iran eines Tages vielleicht Atomwaffen besitzen könnte. **Iran hat nach Artikel 3 des Vertrages ein Recht auf friedliche Nutzung der Kernenergie und sogar ein Recht auf internationale Hilfe, um die friedliche Nutzung**

der Atomkraft zu erlangen. Selbst wenn – aus welchen Gründen auch immer – der Iran die Inspektionen verweigern würde, gibt dies kein Recht auf einen Krieg.

Präemptiv- oder Präventivkriege sind in Nürnberg ganz klar als Verbrechen gegen den Frieden definiert worden. Das sollten sich die USA mitsamt ihren «Willigen» hinter die Ohren schreiben.

Längst und oft wurden und werden die Ziele der UNO-Charta aufs übelste verletzt.

Was heute in Syrien passiert, was offensichtlich für den Iran geplant ist, ist ein Verbrechen. Diejenigen, die dies zu verantworten haben, gehören vor den internationalen Gerichtshof und sind entsprechend zu bestrafen.

Von EU-Ostmilliarde kaum profitiert

Als Vertreter der Schweizer Demokraten (SD) durfte ich im Jahre 2006 das Nein in der Fernsehsendung «Arena» im Abstimmungskampf zur Ostmilliarde vertreten. Zu den Befürwortern gehörte damals der Bundesrat, vertreten durch Frau M. Calmy-Rey, und die Wirtschaftsvertreter. Leider war auch Paul Rechsteiner als Gewerkschafts- und Arbeitnehmervertreter auf der Seite der Befürworter. Wie immer – so auch in dieser Frage – war die SVP gespalten.

Grosse Hoffnungen und Versprechungen

Die Befürworter der sogenannten «Kohäsions-Milliarde» versprachen sich Wachstum und neue Arbeitsplätze für die Schweiz. Durch das Engagement in den neuen osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten baue die Schweiz Märkte auf, in denen

sie ihre «Qualitätsprodukte und Dienstleistungen» verkaufen könne, schrieb der Bundesrat im Abstimmungsbüchlein. Das Volk folgte der Regierung – wenn auch knapp – mit 54 Prozent Ja-Stimmen. **Gegen die geballte Ladung der Regierung und deren Parteien sowie der Wirtschaft darf sich der Ja-Anteil von 46 Prozent sehen lassen.**

Von den Erwartungen und Versprechungen wenig zu sehen

Am 19. Juni 2012 erfährt man vom Staatssekretariat für Wirtschaft (seco), dass die Schweizer Unternehmen bislang nur in geringem Ausmass davon profitiert hätten. Bis jetzt gingen Aufträge von 23,5 Millionen Franken an Schweizer Firmen.

Dabei haben die Befürworter der Ostmilliarde dem Stimmbürger das «goldene Ei» versprochen. Die Gegner wurden als Hinterwäldler oder gar Wirtschaftsfeinde beschimpft.

Details zu Investitionen sind bekannt

Neben klassischen Infrastrukturvorhaben wie Gebäudesanierungen, dem Bau von Altersheimen oder dem Ausbau der Wasserversorgung finanziert die Schweiz auch unkonventionelle Projekte. So gehen in Polen rund 3,4 Millionen Franken an ein Programm zur Suchtprävention. Hintergrund ist, dass in Polen 11 Prozent der Frauen während der Schwangerschaft rauchen und 14 Prozent Alkohol konsumieren. Mit einer Million Franken wird das Umweltbewusstsein von Schülern unterstützt.

EU will neue Zahlungen

Die bezahlte Ost-Milliarde von der Schweiz dürfte bis zum Jahre 2017 aufgebraucht sein. Bereits geht die EU-Kommission davon aus, dass die Zahlungen von der Schweiz verlängert werden.

Mit dem Essen kommt bekanntlich der Appetit. So will die EU wieder mit konkreten Vorstellungen an die Schweiz herantreten. Bei unserer schwachen Regierung dürfte ein erneuter Kniefall vor Brüssel sicher sein. Da bleibt nichts anderes übrig, als dass die Schweizer Demokraten wieder in die Hosen steigen und mittels Referendum die nötigen 50'000 Unterschriften sammeln. Ob dann das Stimmvolk wieder auf die leeren Versprechungen der Befürworter hereinfällt?

Kurt Koller, Lichtensteig

SD-Marktplatz

Suchen Sie etwas? (ein Handörge-
li oder eine/n Freund/in). **Möchten
Sie etwas verkaufen, vermieten,
verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie
uns Ihr Anliegen mit. Oder schrei-
ben Sie uns per Briefpost/Post-
karte; noch besser per E-Mail. Der
zu veröffentlichende Text soll **kurz**

und aussagekräftig sein! Diese
Kleininserate erscheinen max. 2-
mal im «Schweizer Demokrat»
und sind für die SD-Familie **gratis**.
Normalerweise wird im Kleininse-
rat für die Kontaktaufnahme die
Telefonnummer des/der Auftrags-
gebers/in abgedruckt. Aber andere
Kontaktmöglichkeiten sind auch

möglich (z.B. Postadresse, E-Mail).
Bei ganz persönlichen Dingen ist
ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil. In
diesem Fall bitte Ihrer Briefsen-
dung an uns Fr. 10.– (Note) beile-
gen. Wir leiten dann die eingegan-
genen Briefe an Sie weiter. Bitte
Ihre Postanschrift nicht vergessen.
Volle Diskretion zugesichert!

Kontaktadresse: SD-Marktplatz,
Postfach 8116, 3001 Bern

Tel. 031 974 20 10, Fax 031 974 20 11
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Inserateaufgabe auch direkt mög-
lich auf
www.schweizer-demokraten.ch

Wer sucht, der findet!

STELLENSUCHE

Ich will arbeiten! Welcher Schwei-
zer Unternehmer ist noch interes-
siert an einer qualifizierten, tüchti-
gen Fachkraft? Ich bringe 10 Jahre
**Erfahrung als Teamleiterin Back-
office und stv. des GF** mit. Ich ha-
be eine schnelle Auffassungsgabe,
bin vielseitig interessiert und
möchte da arbeiten, wo CH-Fach-
kräfte noch gefragt sind. Gerne
wieder im Bürobereich (Assistenz /
Sachbearbeitung / Teamleitung).
Bin auch offen für neue Aufgaben.
Bevorzugt in folgenden Kantonen:
AG/BL/BE/ SO/ZH. Bin mobil.
Telefon 079 640 44 88
E-Mail: puma20@gmx.ch

Suche **Festanstellung** (Bern und
Umgebung) im kaufm. Bereich, als
Landschaftsgärtner oder in jedem
anderen Berufszweig.
Telefon 031 971 09 38
E-Mail: patrickbarisi@bluewin.ch

ZU VERMIETEN

**Seriöse und preiswerte Mietwagen
Kleinwagen, Limousine, Kombi,
Van, Roller**, ab Fr. 600.– mtl. inkl.
2000 km; Die Fahrzeuge können
auch pro Tag oder Wochen gemie-

tet werden; für die ganze Schweiz.
Region Biel.
Telefon 076 369 28 28

GESUCHT

Kaufe von privat **altes Spielzeug** vor
1970: Eisenbahnen, Blechautos,
Flieger, Schiffe, Elastolinsoldaten,
Dinky Toys, Teddybären usw.
Auch alte Ansichtskarten vor 1950,
alte Pfadiabzeichen, Aufnäher usw.,
Region Zürich.
Telefon 079 643 55 64

Gesucht – günstig oder gratis:
Fotos, Postkarten, Prospekte, mit
Abbildungen von Menschen, Objek-
ten, Gebäuden, Landschaften usw.
für den Abdruck im «Schweizer De-
mokrat» (Bebildung von Artikeln).
Kontaktadresse: **SD-Sekretariat in
Bern. Telefon 031 974 20 10, Fax
031 974 20 11**
schweizer-demokraten@bluewin.ch

ZU VERKAUFEN

**Bio-Knospen Olivenöl und Schwei-
zer Essig** von Waldkirch SG, Region
Ostschweiz,
Telefon 071 244 72 76 oder
thomas-fischer@bluewin.ch

6 Paar Arbeitshosen von «Lutteurs»,
mit leichter weisslicher Maserung
(je 3 blaue und 3 grüne), unge-

braucht, Grösse 44, Fr. 74.– je
Stück. Stadt Bern.

Telefon 031 971 09 38

E-Mail: enricobarisi@bluewin.ch

Porsche 944 Automat, Klima, Ser-
vo, elektr. Sitzverstellung, Heck-
schürzen, Aluräder, ab Service und
MFK, Fr. 13'850.–, Tausch, Teilzah-
lung ohne Anzahlung möglich, wei-
tere Fahrzeuge. Stadt Bern
Telefon 079 304 74 51

Quarzuhren, Omega mit Datuman-
zeige (mit Originallederarmband),
70er-Jahre. Fr. 200.–. Zudem Rado-
Imitation, Fr. 30.–. **Neue Fitness-
und Muskel-Stimulationsgürtel** mit
6 Programmen. Neupreis Fr. 98.–
(mehrere verfügbar). Verkauf jetzt
für Fr. 30.–. Bei Abnahme von zwei
Stück Fr. 50.–. Region Biel.
Telefon 032 331 91 35

BEKANNTSCHAFTEN

Berner, 185/85, 50plus, sucht poli-
tisch interessierte Schweizerin, 30
bis 60 J., mit Freude am Reisen,
Camping, Garten, Schwimmen, Fe-
rien. Bär freut sich auf Deinen An-
ruf. Danke zum Voraus.
Telefon 031 333 68 68.

EIN GUTER RAT

Schlüsselbund schon mal verloren?
Befestigen Sie an Ihrem Schlüssel-

bund eine billige Plastiketikette und
vermerken Sie darauf ihre **Handy-
Nummer** (niemals Ihre Festnetz-
Nr.!) und erwähnen Sie: Finderlohn
von Franken ? zugesichert!

AUSSTELLUNGSHINWEIS

Schweizerisches Freilicht- museum Ballenberg

Bei uns stehen die Türen offen!

...treten Sie ein und schauen Sie
sich um: in Küchen, Kammern und
Wohnstuben in originalgetreu wie-
deraufgebauten Häusern und Höfen
aus alter Zeit. **Bei uns dürfen Sie
beim Arbeiten zuschauen!**

...Handwerker zeigen Ihnen Schnit-
zen, Korben, Weben und Klöppeln
bis hin zum Käsen und Backen.

Bei uns sind alte Bräuche aktuell!

...In speziellen Veranstaltungen
führen wir Ihnen traditionelle Brä-
uche vor, z.B. Trachten und Tänze,
Bräuchete und Herbstmarkt. Die Da-
ten und detaillierte Informationen
erfahren Sie aus unserem Veran-
staltungskalender www.ballenberg.ch
oder per Info-Telefon 033 952 10 40.

**Bei uns stehen Ihnen für Hunger
und Durst**


...drei gemütliche Gasthöfe zur Ver-
fügung. Auch Picknick-Plätze und
das Holz zum Grillieren sind schon
parat. Mehr über das Freilichtmu-
seum im Berner Oberland unter:


Telefon 033 952 10 30;
www.info@ballenberg.ch

Elektronische JSD-Zeitung
<http://www.volkundheimat.ch>

SD-Facebook-Gruppe
René Kunz-SD-Grossrat AG / Marco Schällmann – «Tiere sind keine Ware»

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen

 **SD Schweiz:**
Weiterbildungstagung,
Samstag, 22. September
2012, 10.15 bis ca. 17 Uhr,
Restaurant «Dieter», Alte
Gasse 1, 5034 Suhr.

 **Bezirk Baden und Umgebung:**
Stamm im Hotel «Winkel-
ried», Landstr. 36, Wettingen.
Jeden 1. Dienstag im Monat ab
20 Uhr.


Fricktal: Stamm im Rest. «Weisses
Rössli» in Eiken. Jeden 1. Donner-
stag im Monat ab 19.30 Uhr.

 **SD Stadt Bern: Höck** (Vor-
standssitzung, Gäste sind
stets eingeladen!) im Restau-
rant «Jäger», Murtenstr. 221,
Bern-Bethlehem. Postauto
Nr. 101, Haltestelle Unter-
mattweg (von dort ca. 1 Min. zu
Fuss). Oder Tram Nr. 8 Richtung
Brünen-Westside, Haltestelle Säge
(von dort ca. 5 Min. zu Fuss). Jeden
letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr.

Berner Oberland: Höck im Hotel
«Milan» in Ringgenberg. Jeden
1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr.

 **Winterthur und Umgebung:**
Höck im Restaurant «Blume»,
Wülfingerstrasse 236. Jeden
1. Freitag im Monat ab 20 Uhr
(bei einem Feiertag eine
Woche später).

 **Kantonalsektion St. Gallen:**
Stamm am 27. September ab
19.30 Uhr im Restaurant
«Dufour» am östlichen Ende
des St. Galler Hauptbahnhofs.
Weitere Infos über Telefon 079 639
06 07, abends.

 **Luzern-Innerschweiz:**
Höck im Bistro «Spatz»,
Obergrundstrasse 103, Lu-
zern. Jeweils am letzten Mitt-
woch im Monat ab 20 Uhr
(ausser im August und De-
zember). Es ist immer jemand da!
Bus-Nr. 1, 11, 20 ab Luzern Bahnhof
bis Haltestelle Eichhof.

Weitere Anlässe bitte melden an:
info@sd-marktplatz.ch



Kanton Aargau



Keine religiös-motivierten (islamischen) Kindergärten im Kanton Aargau!

Die SD Aargau planen erneut eine aargauische Volksinitiative im Bildungsbereich

Obwohl in Art. 15 der Bundesverfassung die Glaubens- und Gewissensfreiheit gewährleistet wird, ist es für die Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau nicht annehmbar, dass – über kurz oder lang – islamische Organisationen islamische Kindergärten installieren wollen. **Die Ideologie «Islam» greift auf allen Ebenen in die Persönlichkeitsrechte ein.** Freiheitliches Denken und Handeln ist unter dem Islam kaum möglich.



Schützen wir unsere Verfassung! Auch für kommende Generationen!

Das Ziel islamischer Organisationen ist, mit islamischen Kindergärten explizit eine islamisch ausgerichtete Vorschul-erziehung anzubieten resp. einzuführen.

Die SD Aargau sind der Ansicht, dass die Mehrheit der Aargauerinnen und Aargauer islamische Kindergärten ablehnt. Beim Sammeln von Unterschriften für die Ende Mai eingereichte SD-Volksinitiative «JA für Mundart im Kindergarten» war dies bereits zu 100 Prozent spürbar. Aus diesem Grund planen die SD erneut ein bildungspolitisches Volksbegehren, welches die Installation von «religiösen» (islamischen) Kindergärten im Kanton Aargau verhindern soll.

Wollen wir uns im Kanton Aargau dereinst wirklich mit religiösen Konflikten beschäftigen müssen?

René Kunz, Grossrat, Präsident SD Kanton Aargau, Reinach

Kanton Aargau: Regierungsrats- und Grossratswahlen vom 21. Oktober 2012

René Kunz in den Regierungsrat

 René Kunz und Dragan Najman wieder in den Grossen Rat.

Die Schweizer Demokraten (SD) kandidieren in folgenden Bezirken mit Listennummer 10:

- Baden
- Bremsgarten
- Kulm
- Laufenburg
- Lenzburg
- Muri
- Rheinfelden
- Zofingen
- Zurzach

Wir kämpfen dafür...

- ... dass die Einwanderung in die Schweiz eingeschränkt wird! (*überfüllte Züge, verstopfte Strassen, Wohnungsnot, steigender Energieverbrauch, Umweltbelastung und Zersiedelung der Landschaft sind Folgen der Übervölkerung*)
- ... dass die Kindergartensprache wieder Schweizerdeutsch ist! (*die kantonale SD-Volksinitiative «JA für Mundart im Kindergarten» haben wir im Mai 2012 eingereicht*)
- ... dass Energie gespart wird und die erneuerbaren Energien gefördert werden! (*kein Neubau ohne Fotovoltaik auf dem Dach*)
- ... dass auch ältere Schweizer wieder eine Chance haben, eine Stelle zu finden! (*die Schweizer müssen auf dem Arbeitsmarkt Vorrang haben*)
- ... dass unsere Sozialwerke nicht von Massen von Leuten ausgehöhlt werden, die noch nie einen Franken zu unserem Wohlstand beigetragen haben!
- ... dass kriminelle, renitente und abgewiesene Asylanten in einem geschlossenen, zentral geführten Spezialzentrum untergebracht werden (*inkl. Natelverbot*)!
- ... dass keine islamisch geführte Kindergärten und Schulen errichtet werden! (*keine Burkinis im Schwimmunterricht und keine religiös getrennte Duschen*)
- ... dass in sämtlichen Asylunterkünften regelmässig Polizeikontrollen durchgeführt werden!

SD  Schweizer Demokraten

Liste 10

**Unsere Schweiz
Unser Aargau
Unsere Heimat**



Kanton Bern



Kleine Anfrage

Es ist Aarewetter – und der Brunnen beim Schönausteg ist abgesperrt

Der Sommer ist da, die Aare lädt zum «Schwumm». Unverständlich ist das bei den Aareschwimmern zur Vorabkühlung beliebte Brunnenbecken beim Schönausteg wegen einer Baustelle abgesperrt.

Ich frage den Gemeinderat an:

1) Warum ist der Brunnen ausge-

rechnet auf die Aaresaison hin abgesperrt?

2) Kann der Gemeinderat veranlassen, dass diese Bauabsperung entweder entfernt oder so versetzt wird, dass das Brunnenbecken für die Aareschwimmer zugänglich ist?

*Robert Meyer, Stadtrat,
Präsident SD Stadt Bern*

Stadt Bern: Stadtratswahlen vom 25. November 2012

SD-Liste unverändert einlegen

Folgende Spitzenkandidaten treten an:

- Robert Meyer (bisher)
- Adrian Pulver (neu)
- Rudolf Kohli (neu)

Das «Weyerli» muss bleiben!**HÄNDE WEG VOM WEYERLI!**

- Stadtrat Robert Meyer (SD) deckte die unnötigen und fadenscheinig begründeten Umbaupläne auf!
- Er macht weiter politischen Druck zur Erhaltung des Weyerlis in seiner heutigen Form mit dem grosszügigen Teich.
- Bern-West lässt sich nicht alles bieten!



Am 25. November wieder in den Stadtrat:

Robert Meyer,
ein aktiver Kämpfer



Schweizer Demokraten

Schweizer Demokraten SD
Stadtsektion Bern
Postfach 581
3000 Bern 7

www.sd-stadtbern.ch
www.schweizer-demokraten.ch

- gegen den Multi-Kulti-Irrweg
- gegen die rot-grüne Verkehrsverhinderungspolitik
- gegen Schmutz, Kriminalität und rechtsfreie Räume
- gegen die dauernde Übergehung der Interessen von Bern-West

Kleine Anfrage

Einsatz von kürzeren Tramkombinationen in den passagierarmen Zeiten

Bekanntlich ist die starke Belastung des öffentlichen Raums durch den Tramverkehr ein Thema, das u.a. zum Projekt zweite Innenstadtlinie geführt hat. Während zu den stark frequentierten Verkehrszeiten am Morgen und am Abend die Tramlängen sinnvoll sind, fahren in den übrigen Zeiten die sehr langen Trams mit einer sehr kleinen Auslastung. **Dies ist eine unnötige Belegung des knappen Strassenraums und auch vom**

Energieverbrauch her nicht effizient. Insbesondere das sieben-gliedrige Tram Nr. 8 (Brünnen-Westside) ist äusserst lang. Ich frage den Gemeinderat an:

- 1) Könnten zu den schwach frequentierten Verkehrszeiten kürzere Trams eingesetzt werden?
- 2) Wenn nein, was spricht dagegen?

*Robert Meyer, Stadtrat,
Präsident SD Stadt Bern*



Kanton Zürich

**SD: Sechseläutenwiese erhalten – NEIN stimmen!**

Der Vorstand der Schweizer Demokraten (SD) der Stadt Zürich hat für den städtischen Urnengang vom 23. September 2012 die folgenden Empfehlungen beschlossen:

Neugestaltung Sechseläuten-/Theaterplatz **Nein**

Flächendeckende Erschliessung der Stadt Zürich mit Glasfasern **Ja**

Die Schweizer Demokraten treten dafür ein, dass die altvertraute Sechseläutenwiese wiederhergestellt wird, was ohne Weiteres

möglich ist, wenn darauf wie früher nur wenige Veranstaltungen stattfinden.

Die nun vorgeschlagene Neugestaltung verwandelt den Sechseläutenplatz in eine hässliche Steinwüste und ist ausserdem viel zu teuer.

Ein flächendeckendes Glasfasernetz gehört zum Service public. Es ist deshalb richtig, dass sich die Stadt aktiv engagiert und dieses wichtige Netz einer modernen Grundversorgung nicht einfach privaten Unternehmungen überlässt.

Will Deutschland gar die Schweiz vernichten?

Der Bundesrat hat vor ein paar Wochen mit Deutschland ein Steuerabkommen abgeschlossen, das per 1. Januar 2013 in Kraft treten soll. Aufgrund der bisherigen Machenschaften in Deutschland erhält man den Eindruck, dass unser Bundesrat einem Abkommen zugestimmt hat, das erhebliche Lücken aufweist! Trotz der Versprechen von Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf sind offenbar kurze Zeit nach dem Abschluss des Abkommens in Deutschland wieder CDs mit Kundendaten von Schweizer Banken erworben worden. Studiert man das Abkommen genauer,

dann stellt man fest, dass trotz der Aussagen von Frau Widmer-Schlumpf der Erwerb solcher CDs nicht explizit verboten ist.

Einseitiges Abkommen

Wir von der SD Kantonalpartei Zürich sind der Auffassung, **dass insbesondere Frau Widmer-Schlumpf gegenüber Deutschland schlicht und einfach kapituliert und in ein Abkommen eingewilligt hat, das für unser Land nur Nachteile und keine Vorteile bringt.**

Fortsetzung Seite 11

Will Deutschland gar die Schweiz vernichten?*Fortsetzung von Seite 10*

Es kann doch nicht sein, dass die Schweiz mit Deutschland ein lückenhaftes Abkommen aushandelt und kurz danach wieder solche CDs gekauft werden?

Beabsichtigt Deutschland gar die Vernichtung des Bankenplatzes Schweiz und nützt dabei die Kapitulationswilligkeit unserer Regierung aus? Jeden Tag fahren unzählige deutsche Arbeitswillige über unsere Grenzen und verdienen bei uns gutes Geld. Jeden Tag wandern zahlreiche Deutsche in die Schweiz ein und erhalten hier Spitzenpositionen mit Spitzenlöhnen!

Unabhängigkeit und Souveränität verteidigen

Gleichzeitig beschuldigt der Boss der deutschen Sozialdemokraten

(SPD) Sigmar Gabriel die Schweizer Banken der organisierten Kriminalität und stellt damit uns Schweizer als gemeine Kriminelle hin. Will Deutschland mit solchen Anschuldigungen die Schweiz zu einem Vasallenstaat degradieren? Sollen die unzähligen Erpressungen aus Berlin der Jahre 1933 – 1945 gegen die Schweiz wiederholt werden! So darf unser nördliches Nachbarland nicht mit uns umspringen! Wir von der SD des Kantons Zürich erwarten eine offizielle



Wer ist hier der Kriminelle?
Kennt Sigmar Gabriel die richtige Antwort!?

Entschuldigung der deutschen Regierung. Wir fordern den Bundesrat gleichzeitig auf, den deutschen Botschafter zu sich zu beordern und seiner Regierung das Missfallen der Schweiz über die Anschuldigungen von Gabriel kundzutun. Gleichzeitig ist eine lückenlose Aufklärung betreffend der Verletzung des schweizerischen Bankgeheimnisses durch einzelne Finanzminister der in Finanzschwierigkeiten geratenen Bundesländer zu fordern.

Exzessive Zuwanderung aus Deutschland

Des Weiteren muss die massive Zuwanderung von Deutschen in unser Land, die beinahe einem gewollten Ethnozentrismus gegen die Schweiz gleicht – dabei werden Erinnerungen an die dreissiger Jahre des letzten Jahrhunderts wieder wach – mindestens gebremst werden.

Diese deutsche Zuwanderung verhindert nicht nur, dass gut ausge-

bildete Schweizer Spitzenpositionen in der Wirtschaft und in den Hochschulen erhalten, sie bedroht auch unsere kulturelle Identität und könnte dadurch mit der Zeit die Schweiz als eigenständigen Staat vernichten.

Wir verfügen immer noch über genügend Schweizer Arbeitskräfte, die hervorragend ausgebildet sind und sind entgegen anderslautenden Aussagen gewisser Medien nicht auf die deutschen Zuwanderer angewiesen! Der Bundesrat, dessen Mitgliederinnen und Mitglieder bei ihrer Amtseinstellung einen Eid auf unsere Verfassung geschworen haben, haben endlich Schritte gegen diese massive Zuwanderung und damit gegen die Vernichtung der Schweiz einzuleiten. Die Kapitulation muss der Vergangenheit angehören! Die Schweiz darf nicht vernichtet werden!

Andreas Stahel, Präsident
SD Kanton Zürich, Wädenswil

Ungereimtheiten

- Die politische Führung der USA muss sich mit dem Verlust der Leaderrolle in der Weltgemeinschaft anfreunden – nicht leicht, da sie sich gleichzeitig in der «Geiselhaft» ihrer eigenen zum Teil ausser Kontrolle geratenen Bürokratie (z.B. IRS, CIA) und den Erfindern des politischen «perpetuum mobile» (der jüdischen Lobby) befindet.
- China und Russland gewinnen Statur als Weltmächte. Da China seine Militärmacht sukzessive ausbaut – (für das 1,4-Milliarden-Volk wohl legitim!) – sehen sich manche amerikanische Wildwest-Nostalgiker in ihren Anmassungen und Kreisen gestört, ja bedroht und jaulen wie ein getretener Hund!
- Europa versinkt immer tiefer im Schuldensumpf; mit Hunderten von Milliarden, ja mit Billionen von ungedeckten Casino-Chips versuchen die Staatsführer aus dem Sumpf zu kommen. Gerade so, als ob man Schulden mit gepumpten Schulden tilgen könnte.
- Mit einer Billion aus dem Boden gestampfter billigsten Euros wird das Bankensystem, nicht aber die reale Wirtschaft gestützt. Verheerenderweise werden diese Casino-Chips mit den realen Erträgen realer Wirtschaftstätigkeit vermengt, so

dass von einer Entflechtung dieser qualitativ und quantitativ ungleichen und vor allem unverträglichen Geldarten nichts sichtbar wird. Die Dummen sind weiterhin die betrogenen Völker resp. wir alle Steuerzahler.

- **Beginnt 2013 die grosse Inflation?** – das «bewährte» Mittel, um die Staatsschulden auf die Masse des Volkes zu überwälzen – oder wird ein vom Zaune gerissener Krieg eine neue Ausgangslage schaffen?

Die USA verlieren nicht nur zunehmend ihre Glaubwürdigkeit und ihren Einfluss. Ihre weiterhin überwältigende militärische Macht, die gewissenlose Anwendung geheimdienstlicher Methoden (gezielte Tötung missliebiger US-Bürger sowie fremder Politiker und Wissenschaftler) zur Gängelung der Völker und ihre Spitzenposition im Vernichtungskrieg der Lebensgrundlagen untergraben ihr Ansehen weltweit und lassen die USA als Riesen auf tönernen Füßen in selbstgebauten Fallen taumeln (siehe Afghanistan, Irak, Georgien, Syrien und demnächst wohl auch Iran). Die europäischen Völker werden sich aus reinem Selbsterhaltungstrieb zunehmend von diesem zweifelhaften Freund abwenden müssen. Die steil ansteigenden – und mit der

Dollar-Leitwährung der Welt aufgebürdeten – US-Staatsschulden, die innenpolitische Zerrissenheit und Verlogenheit, die Wirtschaftsprobleme und die enorme Arbeitslosigkeit lassen das einst «gelobte Land» immer tiefer in die Kategorie der «Bananenrepubliken» absteigen. Da kann auch eine Hillary Clinton im blauen «Deux-Pièces» und der Teeny-Frisur keine neue Glaubwürdigkeit aufbauen.

China und Russland gewinnen trotz innenpolitischen Turbulenzen an Kraft und Dynamik.

China wechselt seine enormen Dollarguthaben sukzessive in Realwerte im westlichen Ausland und setzt im Welthandel zunehmend auf Währungen wie Rubel, Reali, Yen usw. Gleichzeitig baut es eine beeindruckende Militärmacht auf, die ganz offensichtlich der USA Anlass zu Sorgen bereitet.

Ihre Stellung im pazifischen Raum könnte gefährdet werden. In der sich andauernd hoch schaukelnden Auseinandersetzung zwischen de facto Israel/USA/Türkei/Saudi-Arabien und den Golf-Scheichtümern einerseits und Syrien/Iran/Russland andererseits haben die beiden Länder China und Russland das US-Diktat gravierend gestört,



Die grösste Volkswirtschaft der Welt, finanziert durch Kriege. Nun leidet ein ganzer Erdball an dieser Schuldenlast, die niemals getilgt werden kann. Wie hoch ist die Bereitschaft für Alternativlösungen?

ohne dass die Hegemonial-USA noch entschieden zu reagieren vermocht hätte. Der «US-Kläffer» Netanyahu/Liebermann bereitet Herrn Obama sichtlich Ungemach und zwingt zu kostspieligen Drohgebärden, die jederzeit in eine heisse Phase umschlagen können.

Die Schandflecken Georgien, Ägypten, Libyen, Somalia usw. zwingen die USA zu höchst kostspieligen Engagements mit der Lieferung von Rüstungsgütern im Wert von weit über 100 Milliarden Dollar innert weniger Monate in den Nahen Osten.

Fortsetzung Seite 12

Ungereimtheiten

Fortsetzung von Seite 11

Gleichzeitig wird bekannt, dass das amerikanische Militär nicht mehr Kenntnis über die Standorte der Atomwaffen in Pakistan hat – wenig beruhigende Situation angesichts der Angst, dass in Pakistan die Islamisten die Macht übernehmen könnten.

Die entschiedene Haltung Russlands gegenüber der Aggression Georgiens endete für den Protektor USA schmachvoll. – **Russlands Rolle als Rohstofflieferant für das noch produzierende, hochindustrialisierte Europa zwingt immer mehr zu einer zivilisierten Haltung und bedeutet eine Abwertung des militärischen Drohringes um Russland.** Die von den westlichen Massenmedien gepushte Opposition gegen Putin ist eine Verzweiflungstat all jener, die Russland schon in Teilstaaten zerfallen sahen, welche dann leicht hätten satellitisiert werden können.

EU-Land versinkt im Schulden-sumpf. Die mehreren Hundert Milliarden Euro – gepumpt von selbst auch verschuldeten Ländern – verschwanden in den Fässern ohne Boden, Griechenland, Portugal, Irland, Italien usw. **Tatsächlich werden damit aber die ausserhalb des realen Bankgewerbes angesiedelten Geldvermittler und Hedge Funds-Manager, welche in jenen Ländern risikobehaftete, jedoch hoch profitable Kapitalanlagen tätigen, «gerettet»,** das heisst deren Boni werden zulasten der realen Wirtschaft sichergestellt. Einzig diese Spiel-«Banken» machen mit der jüngsten «Fiat-Money»-Billion den grossen Reibach. Der Götze EZB hat den Befehl erteilt: **«Es werde Geld aus dem Nichts!»** Und schon schwimmt das Bankensystem in praktisch Gratisgeld ohne realen Hintergrund, welches sie perverserweise gegen reale Zinsen den notleidenden Staaten weiterleitet.

Und damit diese Schuldenstaaten diese «Marktzinsen» und Schuldenamortisationen tätigen können, werden auf dem Buckel der Realwirtschaft auch essentielle Staatsfunktionen eingespart resp. heruntergefahren.

Bis zum gesellschaftlichen Gau, wo dann ein «starker Mann» zum Aufräumen antreten und den Peini-

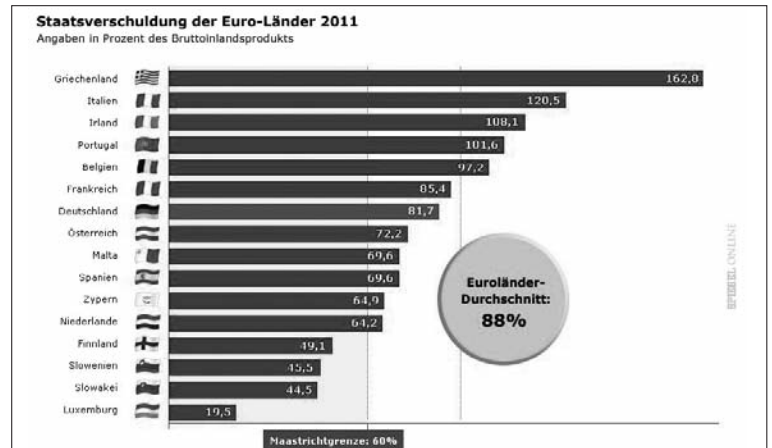
gern sagen wird «wo der Bartli den Most holt!» Die deshalb illusionären, jedoch vertraglich festgelegten Bereinigungsschritte aber werden in naher Zukunft mehr Wohlstand und Arbeitsplätze vernichten, als jetzt die Fata Morgane des Geldsegens angeblich schaffen kann.

Dr. Konrad Hummler schrieb schon im November 2011 (Zitat): **«Der Rettungsschirm ESFS (European Financial Stability Facility) hat das institutionelle Potenzial zur finanziellen Grabstätte Europas zu werden. Die spezifischen Schuldenlasten einzelner Länder werden systematisch kollektiviert. Es stellt sich lediglich noch die Frage, ob diese solchermassen institutionalisierte Spirale in den roten Abgrund bereits in Athen oder erst in Rom oder gar in Paris zum Stillstand kommt.»**

Trotz der hektischen Betriebsamkeit von Barroso und Consorten wird Europa immer fragiler und ärmer. Mehr Schulden und Massen von Papierschnitzeln (sprich Geld) ergeben eben keinen neuen Reichtum. Neue Stabilitätsversprechen und -verträge sind noch lange keine Wundertüten volkswirtschaftlicher Gesundheit.

Die Arbeitslosenzahlen von Griechenland, Spanien, Italien, der USA und anderen Volkswirtschaften beinhalten gewaltigen sozialen Zündstoff. Findet sich hier die Erklärung für die erstaunlichen Vorbereitungen in den grossen EU-Staaten und der USA zur Niederschlagung von Volksaufständen? **In den USA spricht man von 800 bereitgestellten FEMA-Camps (=Konzentrationslager) mit entsprechenden Entrechtungsvorschriften für die Insassen. Die entsprechenden Internierungspläne wurden von Obama noch vor Neujahr unterzeichnet.**

Und das vorläufige Ende?! Ernst zu nehmende Prognostiker sagen den Beginn einer Hyperinflation im Euro-Raum ab 2013 voraus. Für alle Besitzer von Goldvorräten wird warnend darauf hingewiesen, dass Gold von den Regierungen konfisziert werden könnte (Für US-Bürger nichts Neues!). Während Jahrzehnten war in den USA der Besitz von Goldmünzen und Goldbarren verboten! Nach der gesellschaftlich verheerenden Prohibition fanden die damaligen «Schnapsolizisten» in der Verfol-



gung von offiziell kriminalisierten Goldbesitzern ein neues Tätigkeitsfeld.

Holland hat bereits begonnen, staatliche Anleihen in Dollar-Währung auszugeben, da die Regierung und ihre Gläubiger der Stabilität des Euro nicht mehr trauen.

Der Reisekonzern TUI hat in Verträgen mit griechischen Hoteliers bereits die Bezahlung in Drachmen (und nicht mehr in Euro oder Dollar) vorgesehen. Zur Ankurbelung der brachliegenden lokalen Produktivkräfte und Infrastrukturen empfehlen der ehemalige *belgische Zentralbankier Bernard Lietaer* und andere die – gemäss Eurorecht mögliche – Einführung von regionalen Parallelwährungen auch im Euro-Raum. Sie kopieren dabei das seit 1934 bewährte WIR-System als antizyklischen und

antidepressiven Gesundbrunnen. Seit Jahren warnt der bekannte Professor **Walter Wittmann** vor kommenden Staatsbankrotten und der umstrittene Steuerrechtsexperte **Franz Hörmann aus Wien**, diagnostiziert als geisteskrank, fragt sich öffentlich, wer das Geld noch ernst nimmt.

Mit **Professor Harald Welzer** von der Universität Flensburg meinen wir (Zitat): **«Es kommt darauf an, nach einer Phase des völlig aus dem Ruder gelaufene Hyperkonsums wieder normal zu werden!»**

Und zum Schluss etwas zum Schmunzeln

Der «Audi e-tron» komme in Frankreich nicht gut an. Offenbar wusste Audi bei der Namensgebung nicht, dass «e-tron» auf Französisch **Kothaufen oder Stuhlgang** (Schweizerdeutsch: «Scheiss-dreck») bedeutet!

Tino Giacomo

Fragen an Bundesrätin Sommaruga

Frau Sommaruga gedenkt, bis zu 50'000 Reserveplätze für Asylbewerber zu schaffen.

Ist ihr bekannt, dass es sich bei den zu erwartenden Asylbewerbern grösstenteils um nicht gerade feine Leute handelt, die als Wirtschaftsflichtlinge lediglich vom süßen «all-inclusive»-Leben in der Schweiz profitieren wollen?

Ist sich Sommaruga ferner bewusst, dass ihre Aussage eine steigende Anzahl Asylbewerber zu uns lockt, was eine ebenso steigende Zunahme der Verbrechensrate bedeutet? **Was sagt sie den Opfern und gegebenenfalls den Hinterbliebenen solcher Verbrechen?**

Wie will Sommaruga diese Leute (auch die Untergetauchten) nach

einem negativen Asylentscheid je wieder ausschaffen?

Weiss sie überhaupt, dass sie als Bundesrätin eigentlich Politik zum Nutzen der Schweiz – und nicht ausschliesslich der im Asylwesen Beschäftigten – machen sollte?

Otto Weiersmüller, Uetikon

Aufgepasst!

Der «Schweizer Demokrat» gehört nach dem Lesen nicht ins Altpapier. Bitte die Zeitung an Freunde und Bekannte weitergeben oder an einem belebten Ort (Restaurant, Wartsaal, usw.) mit dem Zeitungsnamen nach oben liegen lassen... für den nächsten interessierten Leser!

Die EU wird an ihrem Euro zerbrechen – da braucht es starke Nationalstaaten mit einer national denkenden Partei – stärken wir deshalb die patriotischen Schweizer Demokraten!



Discours du 1^{er} août

Aujourd'hui nous célébrons notre fête nationale. Il y a 721 ans naissait la Confédération.

Le 1^{er} août, devenu dans toute la Suisse un jour férié grâce à une initiative des Démocrates Suisses, est une occasion pour réfléchir sur le passé et l'avenir de notre pays. Notre plus grande préoccupation est notre relation avec l'Union européenne. J'avais exprimé lors de ma dernière allocution la vision suivante: **L'Euro passera, l'Union Européenne passera, la Suisse restera.**

Depuis l'année passée la situation de l'Union européenne n'a fait qu'empirer. Le cas de la Grèce est dramatique, de 2010 jusqu'à ce jour il n'y a que la poursuite du déclin. La situation de la Grèce nous amène à faire deux réflexions. Le président de la Commission européenne, Jacques Delors, affirmait que tous les pays de l'UE étaient gagnants. Ce n'est pas le cas de la Grèce, d'autres pays suivront. Le gouvernement grec actuel demande une prolongation de deux ans du délai imparti par Bruxelles pour se conformer aux exigences, en contrepartie le gouvernement grec propose d'aller au-delà des exigences de Bruxelles. **On vend et vendra tout ce qui est sur le sol, transports, centrales électriques, hôpitaux, etc..., mais aussi ce qui**

est dans le sous-sol. Il y a en allemand une expression technique qui a fait fortune et est passée dans le langage courant, der Gau, der grösste annehmbare Unfall, en français le plus grand accident prévisible. La Grèce est arrivée à ce stade.

La première réflexion est que le cas de la Grèce est un échec de l'UE.

Ah! Quelle est belle cette Union européenne, où l'on se retrouve ruiné! La deuxième réflexion porte sur les derniers événements en Grèce, qui nous procurent un sentiment de malaise. Nous avons au cours de l'histoire observé des pays confrontés à des situations graves réagir, des forces patriotiques et nationales surgir. Nous ne voyons rien de tel jusqu'à présent en Grèce. Nous voyons de l'apathie, de la résignation.

Les citoyens grecs ont perdu toute confiance dans les organisations à caractère politique.

Nous avons commémoré voici deux ans les 50 ans de la mort du Général Guisan. Au début de la guerre, notre armement, peu d'aviation, pas de DCA, peu d'armes antichars, n'était pas en mesu-



re de faire face à une attaque de notre pays. Les événements se sont précipités, la Suisse en 1940 était entourée par les forces de l'axe. Le 25 juillet 1940, le Général convoque les cadres de l'Armée au Rütli et manifeste la volonté de défendre le pays jusqu'au bout. **La stratégie du réduit, l'amélioration de l'armement ont suivi, mais d'abord il fallait avoir la volonté de se défendre.** Nous ne sommes pas aujourd'hui prêts à faire face à une crise économique majeure, **nous avons bradé plus de la moitié de nos réserves en or, au lieu de taxer les capitaux spéculatifs qui vien-**

ent, la Banque Nationale a acheté en masse des Euros, nous avons aussi des déficits et surtout nous sommes un pays surpeuplé par rapport à ses ressources. Nous vous demandons de soutenir les mouvements et organisations patriotiques et nationales pour qu'en cas de crise grave puisse surgir un courant patriotique et national assez fort pour promouvoir une politique respectant notre souveraineté sans abandon, notre indépendance et notre neutralité.

Michel Dupont, 1^{er} vice-président du DS Suisse, Pully

Suisse: un pays à la casse!

Le 17 juillet dernier, l'équipe nationale de football des moins de 23 ans disputait une rencontre amicale contre celle du Sénégal. Résultat: 0-1. Normal.

Ce qui l'est moins (ou qui devrait l'être), réside dans le nombre de joueurs naturalisés de cette équipe, fantôme qualifiée pour les JO de Londres et dont les effectifs mentionnent 12 joueurs naturalisés sur 18 et représentant 7 nationalités différentes! (...) Cela n'occulte heureusement pas les résultats probants de l'équipe encore nationale de 1938 à 1994, dont la composition relevait essentiellement, sinon exclusivement, de joueurs originaires de ce pays. De même dans d'autres domaines, la démolition culturelle systématique, phy-



sique et géographique de cette nation est impressionnante. En effet, véritable cancer contemporain: 1 m² à la seconde le béton se propage à une vitesse ahurissante. Le massacre du patrimoine, bientôt totalement dévasté, à jamais perdu, désormais intransmissible pour les générations «futurs».

51'886 immigrés supplémentaires + 36'757 naturalisations en 2011 soit, en réalité, une augmentation de plus de 88'000 personnes (plus que la population du canton du Jura!) dont la première activité consiste à construire leurs propres logements, les écoles pour leurs enfants, de nouveaux supermarchés, l'inévitable rénovation du ré-

Suite en page 14

Suisse: un pays à la casse!*Suite de page 13*

seau routier (4 millions de véhicules à moteur sur une surface restreinte et qui diminue + une pollution endémique qui en résulte et fait de la Suisse le pays au CO₂ le plus élevé d'Europe!) Beau résultat etc... etc...

Le canton de Genève (on pourrait choisir d'autres exemples) dont la surface n'est que de 282 km² recense une population de 466'536 habitants, soit une densité de 1652 personnes au km² (chiffres au 31/11/2011) dont 36,2% d'étrangers.

(Naturalisés, requérants, frontaliers, clandestins non compris.)

A titre comparatif, la Suède comptabiliserait 729 millions d'habitants avec la même densité! Le Canada: 16,494 milliards de résidents et le double (33 milliards) si le vœu d'un déséquilibré et ancien conseiller national genevois se réalisait, à savoir 800'000 habitants pour cet infortuné canton! Relevons également, ceci explique cela, le pourcentage chronique du chômage: 6%. Le plus élevé du pays!

L'augmentation exponentielle de la criminalité (75% d'étrangers chez les personnes incarcérées) est la conséquence directe de ce qui précède. Les deux milliards et demi stupidement alloués chaque année à une majorité de faux réfugiés qui,

pour un grand nombre d'entre-eux s'adonnent au trafic de stupéfiants ainsi qu'à une pléthore d'actes criminels, vidant ainsi les caisses sociales alors que le pays considéré comme le plus riche du monde ne trouve même pas les fonds nécessaires à la rénovation de ses vieux vapeurs qui croupissent et se dégradent misérablement dans le port d'Ouchy.

La libre circulation des personnes, cette aberration criminelle, avec 27 pays européens aggravera encore cette situation, au moment où l'Espagne (6'150'000 immigrés) et l'Italie (3'700'000) sont submergées par des vagues pléthoriques de ressortissants du tiers-monde qui,

une fois régularisés, se précipiteront vers d'autres «Eldorado» à l'agonie, tel le nôtre.

La Suisse se délite, son identité fout le camp et le reste avec... Les cloches ont sonné! Que restera-t-il au bout du compte pour les malheureuses générations à venir dans ce monde de cauchemar? Nous ne le savons pas, mais nous continuerons néanmoins notre combat désespéré contre des ennemis redoutables que le mondialisme triomphant a installé aux commandes de tous les pouvoirs aujourd'hui et peut-être pour longtemps.

Pierre-Maurice Vernay, président du DS Vaud, Remaufens

«Promotion touristique» du Valais...

En début de cette 30^e semaine de l'année, les chablaisiennes et les chablaisiens du Valais ont, malgré eux, dû faire face à des touristes bien spéciaux. En effet, une horde d'une soixantaine de caravanes tziganes se sont permis d'investir un champ agricole à Collombey-Muraz.

Ce phénomène n'est pourtant pas rare, mais dans le Chablais valaisan, de la sorte, ce n'est pas non plus chose courante.

Simple fait, d'avoir à accepter ces «gens du squattage», sans en avoir le choix, est déjà frustrant. Mais ce qui s'est passé à Collombey-Muraz, épisode par épisode, est devenu une situation rageante. A chacun ses raisons, mais une grande partie de la population du Chablais s'est sentie durant quelques jours humiliée et menacée, et ce, aussi en raison de l'inaction de leurs autorités.

Pourtant, la Police cantonale valaisanne était bien présente sur les lieux. À l'incompréhension générale elle avait, semble-t-il, pour mission de protéger le camping illégal, et donc, n'était là ni pour protéger les biens et les citoyens, ni pour faire respecter la loi. En installant un panneau d'interdiction de circuler, «riverain autorisé», au départ de la route qui mène au champ en question, elle a démontré, en empêchant aux propriétaires de se rendre sur place, son soutien à l'agissement illégal et irrespectueux de ces gens.

Pour ne pas fustiger la Police qui ne fait qu'obéir à des ordres (et non plus aux lois), les élus en charge, nous ont prouvé une fois de plus leur manque d'implication quant à la volonté populaire et au besoin fondamental de faire respecter les



Collombey-Muraz/VS: Le champ dévasté après des tziganes.

lois à tous de manière équitable. Partis sans être inquiété des nombreuses infractions commises, ces gitans-là garderont sans doute une image positive de la Suisse, et le canton du Valais, leur a d'une certaine façon ouvert la porte à revenir sans complexe en vacances dans le vieux pays. Promotion touristique ou pas, les autorités valaisannes se sont pliées en quatre pour leur assurer un séjour sans encombre.

Le bilan est malgré tout plutôt alarmant, entre bien d'autres et en plus de la violation de propriété, ces gens sous les yeux de représentants de l'ordre public se sont réunis pour marier des adolescents âgés de 15 et 16 ans. Ce ne sont plus des goûtes qui font déborder le vase mais dans ce cas, bien un robinet ouvert à pleine pression.

Les incivilités également n'ont pas manqué, car après leur départ, bien que des bennes leur aient été mises à disposition, le champ était dans un état pitoyable. Jonchés

et Yannick Buttet. Suite à cela, la manifestation s'est transformée en comité de soutien aux propriétaires par une action de solidarité qui s'en alla pour aider au nettoyage du champ saccagé.

Cet événement désagréable peut nous rappeler, sans les citer, d'autres difficultés encourues par la population suisse avec des communautés ou personnes aux cultures et valeurs très différentes des siennes. Cet événement nous démontre et nous rappelle à nouveau, que la Suisse n'est pas capable, et, que le peuple suisse n'a pas envie, de continuer cette politique actuelle sans frontières. La Suisse se doit de revoir ses lois et ses procédures afin de contrôler la montée, venu de l'extérieur, des incivilités et de l'irrespect de nos valeurs, de nos coutumes et de nos lois.

Peut-être que les Suisses veulent commencer à penser à l'avenir, à leur avenir et leurs défis, en ne soutenant plus la politique étrangère et la politique d'immigration laxiste du Conseil fédéral, mais en soutenant par exemple, l'initiative populaire fédérale des Démocrates Suisses «Pour la stabilisation de la population totale».

Joachim Mariétan, secrétaire du DS Vaud, Val d'Illye

DS



Démocrates Suisses

Leserbriefe**«Big Brother» will unsere Privatsphäre abschaffen**

Die Aussage von Randi Zuckerberg, dass die Alterslimite von 13 Jahren für ein Facebook-Profil fallen wird, finde ich doch sehr bedenklich. Grundsätzlich kann ich solch einem «Gesichtsbuch-Profil», ob für Kinder oder Erwachsene, nichts Gutes abgewinnen. **Ist es nicht befremdlich, wenn die Menschen ihre Privatsphäre immer mehr preisgeben, indem man jeden Lebensaspekt im sozialen Netzwerk verewigen lässt.** Hinter all den Bestrebungen nach einer systematischen Auflösung unserer Privatsphäre steckt doch niemand anderes als der «Grosse Bruder». Doch wer ist dieser «Big Brother»? War nicht ein Ableger davon letztes Jahr in St. Moritz und hatte unter Ausschluss der Öffentlichkeit ge-

tagt? **Es sind die «Möchtegern-Weltbeherrscher» wie zum Beispiel der elitäre Bilderberger Club, welche die Totalüberwachung jedes einzelnen Bürgers vorantreiben.**

Das Facebook und weitere sogenannte soziale Netzwerke sind ganz praktische Hilfsmittel, um das Ziel des gläsernen Bürgers zu erreichen!

Da sind alle freiheitsliebenden Menschen dazu aufgerufen, diesen menschenverachtenden Plänen mit aktivem Widerstand entgegenzutreten. Ein wirkungsvoller Beitrag dagegen wäre, dass wir uns fernhalten von all den Einrichtungen im Internet, welche unsere Privatsphäre gefährden.

Martin Bracher, Büsserach

Beschneidung: unnötige seelische Verletzung!

Bei allem Respekt für jüdisches Brauchtum ist das Urteil des Kölner Gerichtes voll und ganz nachvollziehbar, wonach Beschneidungen aus religiösen Gründen strafbar sind. Die Religion beruft sich auf Gott, der zu Abraham sprach (Zitat): «Alles was männlich ist unter Euch, soll beschnitten werden (Mose 17,10).» Wenn ein Arzt bei einem vierjährigen Knaben (wie im Fall der Kölner Rechtsprechung) eine Beschneidung des Geschlechtsorgans auf Geheiss der Eltern vornimmt, so ist das ein beträchtlicher Eingriff in das physische und seelische Wohlbefinden dieses Knaben, der nicht recht weiss, was ihm geschieht und wie er sich gegen diesen, sehr unangenehmen und schmerzhaften Eingriff zur Wehr setzen kann. **Es ist überdies bezeichnend, um nicht zu sagen sadistisch, dass die Knaben (Opfer) noch sehr klein sind und das Alter der Urteilsfähigkeit (etwa 8 Jahre) noch nicht erreicht haben.**

Die Berufung auf die «tausend Jahre» alte Beschneidungstradition ist wohl als hilfloser und einziger Legitimationsversuch aufzufassen, welcher aber unserer heutigen Rechtsordnung und dem

Schutz der Schwächsten zuwiderläuft.

Stierkämpfe hatten auch eine lange Tradition!

Die Aussage: «Die Pflicht zur Beschneidung festigt den Bund, den Gott mit seinem Volk Israel geschlossen hat», ist insofern nicht verständlich, zumal Gott jeden Menschen, also auch nicht beschnittene Männer, gleichwohl liebt und akzeptiert. Es ist auch nirgends plausibel erklärt, weshalb ein beschnittener Judenknabe ein besseres oder gläubigeres Mitglied im Bunde der Juden werden würde. **So wird zwar behauptet, die Beschneidung von Knaben könne mit der Beschneidung der Klitoris bei Mädchen nicht gleichgesetzt werden. Tatsache ist aber, dass beide Tathergänge blutig und schmerzhaft einhergehen.** Stierkämpfe hatten auch eine lange Tradition, bis diese als unnötig und vor allem als menschen- und tierunwürdig erkannt wurden, deshalb kann man nicht einfach kritiklos die heute geltende mitmenschliche Verantwortung ignorieren und sich auf einige Passagen in der Bibel, welche Jahrtausende alt ist, berufen.

Jeder seriöse Mediziner weiss auch ganz genau, dass die bessere Fruchtbarkeit eines Mannes durch die Beschneidung im Kleinkindesalter ein Märchen ist und bleibt. Selbst wenn die Vorhaut am Penis eines Knaben noch verengt ist, ist eine Beschneidung nicht nötig, weil diese (die Vorhaut) dehnbar ist und sich durch häufiges zurückstülpen von selbst entwickelt. Die Beschneidung von Knaben zur ver-

besserten Virilisierung ist reiner Aberglaube. Zudem ist es unredlich, diese Praktik als völlig harmlos zu preisen. **Gewissenhafte Ärzte sollten sich – in unserem heutigen Rechtsstaat – auf medizinisch lebensnotwendige, dringende Interventionen beschränken und zudem jegliche pervers gefärbten Handlungen am Menschen ablehnen.**

Marcus Stoercklé jun., Basel

In der Schweiz ist es bereits zu eng und zu schmutzig

Die Züge vermögen den täglichen Verkehrsfluss nicht mehr zu bewältigen und quellen förmlich über! Die Aussagen der Gründerväter unserer Partei sind somit eingeholt worden, dass mehr Menschen mehr Platz und Verkehr generieren. Bald müssen überall im ganzen Land Doppelstockzüge verkehren, obwohl es bei der Einführung von Doppelstockzügen bei der Zürcher S-Bahn hiess, beengte Platzverhältnisse seien nur auf kurzen Linien einer S-Bahn zumutbar. Der SBB-Chef spricht laut über Stehplatzabteile in unseren Zügen. Aber gegen Stehplatzabteilen gibt es schon Opposition, vorwiegend von Kreisen, die noch mehr Bewohner in unser kleines Land stapeln wollen! Die sehen die Zusammenhänge nicht!

Andere Organisationen sprechen sogar von neuen Bahnstrecken in unserem Land. Aber Leute, wo sollen diese verlaufen? Unser Land ist mittlerweile überbaut und zubetoniert, es verträgt keine neuen Verkehrsträger!

Der Schienenpersonenverkehr wird jetzt schon mit grossen Steuermitteln finanziert. Dafür hat der Güterverkehr auf der Schiene bald keinen Platz mehr. So sollen jetzt wieder 150 Zustellpunkte bei Cargo überprüft werden, weil dieser zu teuer produziert wird. Vermutlich verteuert der «Bürobereich» bei Cargo den Güterverkehr auf diese Weise? Dieser «Bürobereich» ist, wie bei den anderen ehemaligen Bundesbetrieben, mit vielen Einwanderern aus dem Norden besetzt.

Vielleicht «schickt» man diese besser einmal nach Hause, bevor in den Randregionen noch mehr Arbeitsplätze verloren gehen und

somit noch mehr Pendler generiert werden!

Ebenfalls verursachen die Menschenmassen in unseren Zügen und somit im gesamten Land einen riesigen Abfallberg, wie auch eine Pressekonferenz der SBB zeigte.

Somit hatten unsere Gründerväter der Partei nochmals Recht, dass mehr Menschen auch mehr Abfall produzieren. Unsere Bevölkerung muss ständig «Fressen und Saufen», Konsum über alles. Früher hiess es, gegessen und getrunken wird zu Hause bei Tisch. Getränke tropfen auf die Sitzbänke, gleichzeitig werden diese durch Speisereste verschmutzt. Rücksicht und Anstand nimmt in diesem Land seit der «Einfuhr» von Leuten aus bestimmten Ländern sowieso laufend ab! Es wäre besser, diese Sitzbänke wären wieder wie früher aus Kunststoff oder Holz, da wären diese besser zu reinigen. Aber die Opposition würde wieder aus den oben genannten Reihen kommen! **Auch verursacht die Bahn den Müll selber. Hat doch die Infrastrukturgesellschaft der Bahn (die Bahn wurde gemäss EU-Vorgaben auf verschiedene Gesellschaften aufgeteilt) die Plätze auf Bahnsteigen und Bahnhöfen an Warenautomatenbetreiber und Bistros vermietet, um aus jedem Quadratmeter noch mehr Geld herauszupressen.** Vom Ernährungswert dieser Automatenware schreibe ich gar nicht, aber Krankheiten wie Altersdiabetes sind vorprogrammiert. Aber dies freut die Pharmafirmen ebenfalls. Sind dies doch auch multinationale Firmen, wie diese, die den Inhalt der Warenautomaten bestücken.

Fridolin Bühler, Weesen

Das neue Raumplanungsgesetz garantiert einen einigermaßen griffigen Landschaftsschutz. Elitäre Wirtschaftsvertreter wollen selbst diesen zunichtemachen. Boykott dem Referendum!

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion

Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:

Adrian Pulver,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)
Rudolf Keller, e. Nationalrat/
e. Landrat, Frenkendorf
Dr. D. J. Najman, Grossrat, Baden
Valentin J. Oehen, e. Nationalrat,
Köniz



**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich
pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
 Nur Zeitungsabonnement
 Nur Adressänderung
___ Ex. SD-Zeitungen zum
Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Das wahre Gesicht der Wachstumsförderer

Soeben wurden die definitiven Zahlen publiziert. Die Schweizer Bevölkerung ist im Jahr 2011 um etwa 84'500 Personen gewachsen, was einer Zunahme von 1,1% entspricht. Betrachtet man die Tatsache, dass 45,7% der Menschen in Gemeinden mit über 10'000 Einwohner leben, so sollte dies ein klares Zeichen für dringend notwendige gesetzliche Regulierungen sein. **Ein sich frei entfaltender Bodenmarkt lässt seit Jahren die Mietzinsen steigen und kreiert Scheinlösungen wie das verdichtete Bauen, was wiederum unerträglichen Dichtestress erzeugt. Zugleich findet insbesondere in den Metropolitanregionen ein heftiger Wettbewerb um neue Industrie-, Gewerbe- und Wohnzonen statt.** Als Gegeninstrument wurde unter anderem die Landschaftsinitiative lanciert. Mithilfe dieses Begehrens fanden in jüngster Zeit viele Gewinn bringende Diskussionen statt, sodass sich auch Vertreter verschiedener Baulobbys und einzelne bürgerliche Parteien zu Massnahmen verpflichten liessen. Der bedingte Rückzug dieser Initiative ist äusserst bedauerlich und wird von den Schweizer Demokraten (SD) hart kritisiert.

Ein befristeter Baustopp von 20 Jahren ist die einzige wirklich verbindliche Massnahme, die ein Umdenken auf qualitative Entwicklung herbeiführen kann.

Nun hat man im gegenseitigen Kompromiss auf dieses Moratorium verzichtet und dafür eine Mehrwertabgabe bei Einzonungen von 20 Prozent des entstehenden Mehrwerts für die öffentliche Hand beschlossen, womit diese Auszonungen finanzieren kann.

Adressänderungen

Die Post sendet nach Ablauf der Nachsendefrist das an Sie adressierte Exemplar der Zeitung «Schweizer Demokrat» zurück und meldet uns Ihre neue Adresse nicht mehr. Bitte melden Sie daher Ihre allfälligen Adressänderungen frühzeitig an SD, Postfach 8116, 3001 Bern, E-Post: schweizer-demokraten@bluewin.ch. Sie sichern sich damit den lückenlosen Empfang Ihrer Zeitung.

SD-Redaktion

Zudem müssen überdimensionierte Bauzonen verkleinert werden, wobei wiederum mehr Kulturland entsteht. Dieser monetäre Ansatz ist, obwohl kein valabler Ersatz für das ursprüngliche Anliegen der Initiative, eine akzeptable Lösung. **Allerdings wäre die Vermutung einer totalen Oppositionslosigkeit naiv, zumal gewisse Kreise jegliche Einflussnahme des Staates ablehnen und den Willen zum Erhalt der Grünflächen sowie zur Bekämpfung der Übervölkerung lediglich aus marketingtechnischen Gründen vortäuschen.** Deshalb ist es wenig erstaunlich, wenn die SVP mit der FDP und diversen kantonalen Gewerbeverbänden das Referendum gegen eine solche Minirevision ergreifen. Gemäss entsprechenden Traditionen werden Argumente wie der Schutz föderalistischer Autonomie und der Widerstand gegen mehr Bürokratie und Steuern jeder Art (das «Feindbild Staat» als politische Grundhaltung) erwähnt. Die Definition

des Zieles ist bestechend klar: Der Status quo muss verteidigt werden. Der Förderung von quantitativem Wirtschaftswachstum und somit auch der Schaffung von neuem Bauland darf offenbar nichts im Weg stehen. Die dadurch generierte massive Einwanderung aus den EU-Staaten wird in Kauf genommen. Die Schweizer Demokraten (SD) sprechen sich mit grösster Vehemenz dafür aus, dass wenigstens dieser indirekte Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative in Kraft tritt, was bei Ablauf der Referendumsfrist wohl geschehen wird. Ansonsten wäre der bevorzugte Initiativtext in Reinform auch noch nicht vom Tisch.

Es braucht eine drastische Begrenzung der Bautätigkeit. Boykottieren wir dieses schädliche Referendum gegen das Raumplanungsgesetz (RPG).

Adrian Pulver, Stadtratskandidat,
Zentralsekretär, Bern

Das Testament – Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Wie andere Vereine und Parteien auch, sind wir auf grössere Zuwendungen lebensnotwendig angewiesen. Spenden helfen uns weiter! Aber leider reichen diese nicht aus, um unseren Finanzbedarf zu decken. Wir gehen sehr sparsam und sorgfältig mit dem gespendeten Geld um. Ausser drei Personen (dem vollamtlich angestellten Zentralsekretär und zwei Leuten, welche nebenberuflich wichtige Arbeiten für uns erledigen) bezieht niemand bei uns Geld. Auch beispielsweise der Zentralpräsident und die Kantonalpräsidenten arbeiten bei uns ehrenamtlich. Nur so können wir unseren politischen Kampf überhaupt weiterführen.

Uns helfen auch Beträge, welche aus testamentarischen Verfügungen kommen. Überlegen Sie sich deshalb, ob Sie uns auf diesem Wege unterstützen können! Sie helfen so uns als Partei – aber vor allem tun Sie damit etwas für Volk und Heimat! Sie leisten also Hilfe für einen guten Zweck, eine gute Sache.

Deshalb: Haben Sie also auch schon daran gedacht, die **SCHWEIZER DEMOKRATEN** in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Zentralsekretariat berät Sie gerne kostenlos:
Schweizer Demokraten SD
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10, Telefax 031 974 20 11
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Sie können sich aber auch an den Zentralpräsidenten wenden:
Rudolf Keller, Adlerfeldstrasse 29, 4402 Frenkendorf,
rudolf.keller@bluewin.ch